



Versorgungssicherheit rückt ins Zentrum

Inländische Produktion und Kernenergie gewinnen an Bedeutung

im Auftrag von Jan Flückiger und Adrian Reber,
Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Sophie Schäfer: Projektleiterin

Jenny Roberts: Data Scientist / Projektleiterin

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Bern, 01.06.2026

Publikation: 07.06.2026

Inhaltsverzeichnis

MANAGEMENT SUMMARY	4
1 BEFUNDE	6
1.1 Energiepolitik.....	6
1.2 Versorgungssicherheit.....	10
1.3 Stromgesetz.....	16
1.4 Anlagen zur Stromproduktion.....	17
1.5 Blackout-Initiative.....	18
1.6 Stromabkommen und Marktliberalisierung.....	23
2 SYNTHESSEN	30
3 ANHANG	31
3.1 Mandat.....	31
3.2 Methodische Details.....	31
3.3 Forschungsplan.....	33
3.4 Grafische Aufbereitung.....	34
4 ANHANG	35
4.1 gfs.bern-Team.....	35

Management Summary



ENERGIEPOLITIK WIRD KRITISCHER BEURTEILT

- Die Zustimmung zur Schweizer Energiepolitik sinkt 2026 auf 52 Prozent (-7 Prozentpunkte [Pp.] gegenüber 2025), während gleichzeitig die Kritik am aktuellen Kurs zunimmt. Besonders stark wächst die Skepsis im FDP- und SVP-Lager.
- Erneuerbare Energien bleiben breit abgestützt: 80 Prozent sehen darin gelebten Klimaschutz, 76 Prozent beurteilen das Stromgesetz weiterhin positiv.
- Gleichzeitig wächst der Zweifel, dass erneuerbare Energien alleine den künftigen Strombedarf decken können (64%). Versorgungssicherheit rückt damit stärker ins Zentrum der energiepolitischen Debatte.

VERSORGUNGSSICHERHEIT GEWINNT AN BEDEUTUNG



- Versorgungssicherheit bleibt mit 45 Prozent die wichtigste Priorität innerhalb des energiepolitischen Trilemmas. Die Bedeutung der klimaneutralen Energieproduktion nimmt hingegen leicht ab.
- 58 Prozent der Bevölkerung befürchten, dass der heutige energiepolitische Kurs in zehn Jahren zu Problemen bei der Stromversorgung führen könnte (+7 Pp.).
- 70 Prozent finden, dass nachhaltige Energieproduktion den Strompreis nicht massiv verteuern dürfe. Gleichzeitig sind 63 Prozent der Meinung, dass sich die Schweiz Stromausfälle nicht leisten könne – selbst wenn Klima- und Energieziele dadurch teilweise in den Hintergrund treten.
- Die Bereitschaft wächst, für den Ausbau der Stromproduktion Zielkonflikte bei Landschaftsschutz oder Bewilligungsverfahren stärker in Kauf zu nehmen.

INLÄNDISCHE STROMPRODUKTION BLEIBT BREIT GESTÜTZT



- Besonders breit unterstützt werden weiterhin Energieeffizienz (89%), Wasserkraft (85%) sowie Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden (82%).
- Auch Windkraft, Wasserstoff sowie Solaranlagen in alpinen Räumen bleiben mehrheitsfähig. Gleichzeitig nimmt die Skepsis gegenüber zusätzlichen Stromimporten aus dem Ausland zu.
- 68 Prozent befürworten mittlerweile Einschränkungen bei Beschwerden gegen Energieprojekte, damit diese schneller umgesetzt werden können.
- Bei konkreten Standorten geniessen grosse Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur besonders hohe Akzeptanz (94%). Mehrheitlich akzeptiert werden zudem Windräder in Wohnortnähe sowie neue Stauseen in ehemaligen Gletschergebieten.

KERNENERGIE GEWINNT AN AKZEPTANZ



- 79 Prozent sprechen sich dafür aus, bestehende AKW weiterzubetreiben, solange sie sicher sind. Gleichzeitig unterstützen erstmals klare Mehrheiten auch neue Kernkraftwerke der nächsten Generation (59%).
- Auch der Bau heutiger AKW-Typen gewinnt an Zustimmung und erreicht 48 Prozent (+9 Pp.). Besonders stark wächst die Offenheit dafür in der Deutschschweiz.
- Gleichzeitig steigt die Zustimmung zur Aussage, dass Sonne und Wind die Stromversorgung nicht ausreichend sicherstellen können und es deshalb Kernkraftwerke brauche (55%).
- Die Kernenergie wird zunehmend als pragmatische Ergänzung zur Energiewende und als Beitrag zur Versorgungssicherheit wahrgenommen.

BLACKOUT-INITIATIVE PROFITIERT VON TECHNOLOGIEOFFENHEIT



- Die Blackout-Initiative erreicht 2026 erstmals eine mehrheitsfähige Ausgangslage: 55 Prozent würden zustimmen (+9 Pp. gegenüber 2025).
- Besonders stark verfängt die Verbindung von Versorgungssicherheit, wirtschaftlicher Stabilität und technologischer Offenheit. 70 Prozent finden, dass alle klimaschonenden Technologien – inklusive Kernenergie – genutzt und diskutiert werden sollen.
- Der Gegenvorschlag zur Initiative polarisiert hingegen deutlich stärker entlang klassischer Links-Rechts-Muster.
- Die Initiative wird je nach politischem Lager unterschiedlich interpretiert: Während sie im bürgerlichen Lager klar mit Versorgungssicherheit und Technologieoffenheit verbunden wird, fällt die Einordnung links der Mitte weniger eindeutig aus.

STROMABKOMMEN MIT DER EU BLEIBT MEHRHEITSFÄHIG



- Trotz einer gewissen Abkühlung gegenüber dem Vorjahr unterstützen weiterhin 66 Prozent der Stimmberechtigten ein Stromabkommen mit der EU.
- Das wichtigste Argument bleibt die Versorgungssicherheit: 71 Prozent sind der Meinung, dass das Abkommen notwendige Winterimporte absichert.
- Viele konkrete Auswirkungen des Abkommens werden jedoch ambivalent beurteilt. Der hohe Anteil an Personen ohne klare Position verweist auf eine weiterhin wenig gefestigte Meinungsbildung.
- Die Unterschiede verlaufen weniger entlang klassischer energiepolitischer Konflikte als vielmehr entlang der Frage, wie stark die Schweiz ihre Versorgungssicherheit künftig über europäische Kooperation absichern soll.

1 Befunde

1.1 Energiepolitik

Die Befragung fand in einem energiepolitisch stark aufgeladenen Umfeld statt. Innenpolitisch rückte die Kernenergie erneut deutlich ins Zentrum der Debatte: Der Ständerat sprach sich im März 2026 dafür aus, das Neubauverbot für Atomkraftwerke grundsätzlich wieder aufzuheben, als indirekten Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative. Damit wurde die Frage, ob Versorgungssicherheit künftig wieder stärker technologieoffen gedacht werden soll, politisch neu akzentuiert. Parallel dazu blieb auch das Stromabkommen mit der EU ein Teil der energiepolitischen Agenda: Nach der Überweisung der Botschaft ans Parlament im März 2026 wurde es als Beitrag zur Netzstabilität, zum Stromhandel und zur Versorgungssicherheit diskutiert. Zusätzlich wurde die energiepolitische Debatte durch internationale Unsicherheiten geprägt. Der Irankrieg und die zeitweise angespannte Lage rund um die Strasse von Hormus rückten Fragen der Energieversorgung, der Abhängigkeit von internationalen Märkten und der Preisstabilität erneut in den Vordergrund. Zwar war die Versorgung der Schweiz mit Mineralölprodukten gemäss Bund weiterhin gewährleistet, die globale Versorgungslage wurde aber als angespannt beschrieben.

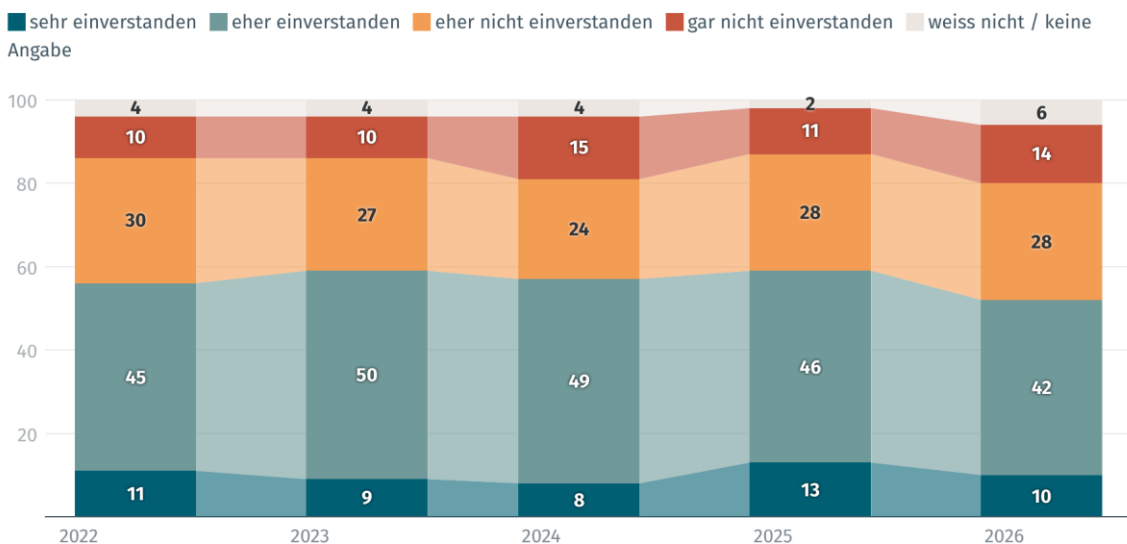
Vor diesem Hintergrund ist die etwas kritischere Beurteilung der Schweizer Energiepolitik auch als Ausdruck einer breiteren Verunsicherung zu lesen. So zeigt sich 2026 eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten mit der Schweizer Energiepolitik einverstanden (52%). Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang von 7 Prozentpunkten. Wir beobachten damit im Vergleich zu den vorangehenden Jahren eine etwas kritischere Sicht auf die Energiepolitik, wobei der Anteil der Personen, die sich mit dieser Politik nicht einverstanden zeigen, zwar um 3 Prozentpunkte zugenommen hat (42%), was aber nicht signifikant mehr ist.

Grafik 1

Trend Einverständnis Energiepolitik Schweiz

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010)

Bei Betrachtung der Einschätzungen zur Energie- und Klimapolitik in der Schweiz wird deutlicher, woher die stärker spürbare Kritik herrührt.

Am stärksten verankert bleibt die Unterstützung für erneuerbare Energien. So stimmen im Jahr 2026 80 Prozent der Stimmberechtigten der Aussage zu, dass die Förderung erneuerbarer Energieformen gelebter Klimaschutz sei. Ebenfalls sehr hohe Zustimmung erhält die Einschätzung, dass das neue Stromgesetz ein sinnvoller Schritt für die Energiezukunft der Schweiz darstellen würde (76%). Gleichzeitig bleibt auch die energiepolitische Unabhängigkeit ein zentrales Motiv. 72 Prozent sind der Ansicht, dass mit der Förderung erneuerbarer Energien die Energieabhängigkeit vom Ausland am besten bekämpft werden könne. Ebenfalls verbreitet ist die Forderung, die Abhängigkeit von fossilen Energien aus nicht demokratischen Ländern zu stoppen (70%), auch wenn diese im Vergleich zu 2025 leicht an Zustimmung verliert (-4 Pp.).

Dass der Handlungsdruck in der Energiepolitik wieder steigt, zeigt sich auch darin, dass mit 67 Prozent wieder mehr Stimmberechtigte der Meinung sind, die Energiewende in der Schweiz gehe zu langsam (+4 Pp.). Gleichzeitig finden aber auch kritische Aussagen weiterhin relevante Zustimmung. 64 Prozent sind der Ansicht, erneuerbare Energien reichten nicht aus, um den Strombedarf der Schweiz zu decken. Damit bleibt die Versorgungssicherheit ein zentrales Spannungsfeld innerhalb der energiepolitischen Debatte.

Weniger deutlich, aber weiterhin mehrheitsfähig, ist die Ablehnung zusätzlicher Belastungen für Unternehmen. 54 Prozent sprechen sich dagegen aus, Schweizer Firmen durch zusätzliche Energieabgaben stärker zu belasten. Parallel dazu monieren 51 Prozent, dass die Weiterführung des aktuellen energiepolitischen Kurses zu Stromausfällen

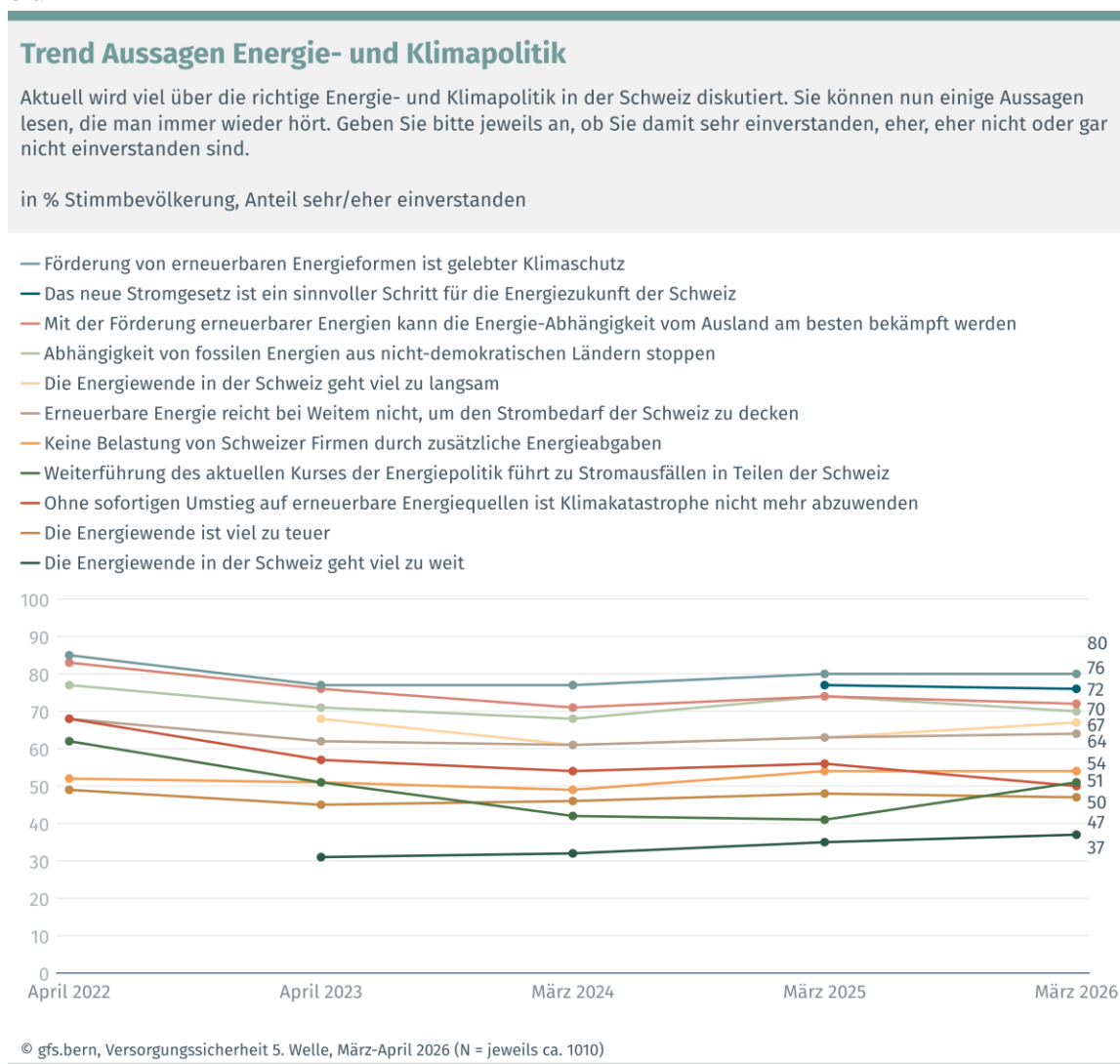
in Teilen der Schweiz führen würde. Die Zunahme von 10 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr verdeutlicht die Unsicherheit in der Bevölkerung und den gestiegenen Handlungsdruck abermals.



Die zunehmende Kritik an der Weiterführung des aktuellen Kurses kommt primär aus der Deutschschweiz (53%, +11 Pp. Im Vergleich zu 2025) und weniger aus der Romandie. Sie akzentuiert sich zudem klar entlang parteipolitischer Grenzen. So hat die Kritik insbesondere im Lager der FDP (+24 Pp.) und SVP-Wählerschaft (+23 Pp.) im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich zugenommen.

Gleichzeitig verlieren grundsätzlich skeptische Positionen zur Energiewende an Rückhalt. So liegt der Anteil jener, die finden, ohne sofortigen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen lasse sich die Klimakatastrophe nicht mehr abwenden, neu bei 50 Prozent (-6 Pp.). Etwas geringer fällt die Zustimmung zur Aussage aus, die Energiewende sei zu teuer (47%). Nach wie vor nur eine Minderheit ist hingegen der Meinung, dass die Energiewende in der Schweiz viel zu weit gehen würde (37%).

Grafik 2



Die Unterstützung für erneuerbare Energien und die strategische Stossrichtung der Schweizer Energiepolitik bleiben beide breit abgestützt. Gleichzeitig wächst aber der Druck, Fragen der Versorgungssicherheit stärker mitzudenken. Die Energiewende wird damit von einer Mehrheit nicht infrage gestellt. Ihre konkrete Ausgestaltung bleibt jedoch umkämpft.

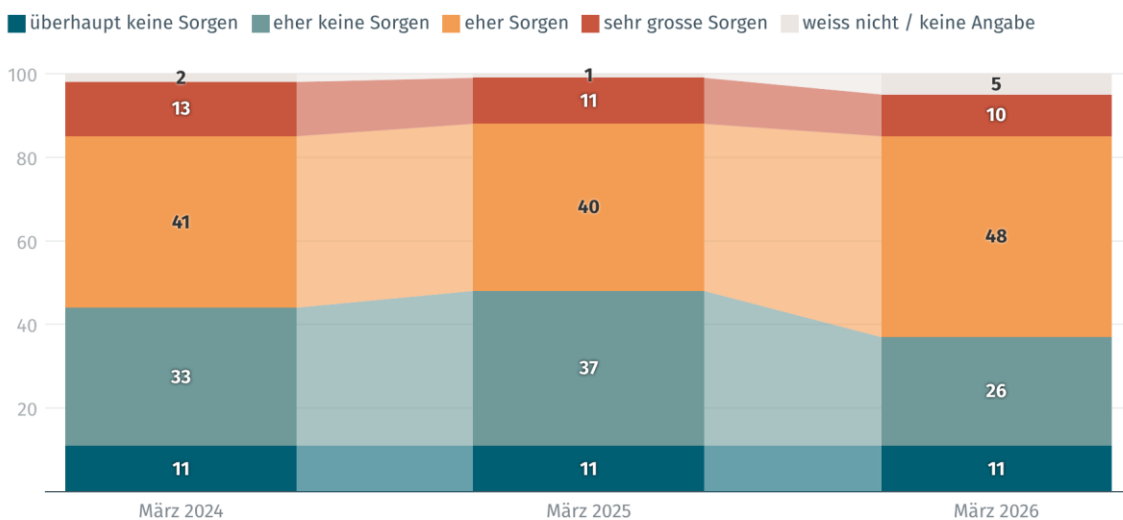
Im Einklang zu dieser Beobachtung wächst die Sorge um die Versorgungssicherheit in der Zukunft. Bei der Frage, ob der in der Energiepolitik eingeschlagene Weg in zehn Jahren betreffend Versorgungssicherheit zu Problemen führen würde, zeigt sich eine Zuspitzung. Während im letzten Jahr noch 51 Prozentangaben, sich Sorgen zu machen, sind es dieses Jahr 58 Prozent. Gleichzeitig sinkt der Anteil jener, die angeben, sich keine Sorgen zu machen, von 48 auf 37 Prozent. Dabei zeigen sich auch Unterschiede entlang soziodemographischer Merkmale: Je älter eine Person ist, desto stärker macht sie sich Sorgen um die Versorgungssicherheit im Vergleich zum letzten Jahr.

Grafik 3

Trend Versorgungssicherheit in Zukunft

Wenn Sie an die Versorgungssicherheit in zehn Jahren denken. Machen Sie sich mit dem aktuell eingeschlagenen Weg in der Energiepolitik überhaupt keine Sorgen um die Versorgungssicherheit, eher keine Sorgen, eher Sorgen oder sehr grosse Sorgen um die Versorgungssicherheit in zehn Jahren?

in % Stimmbevölkerung

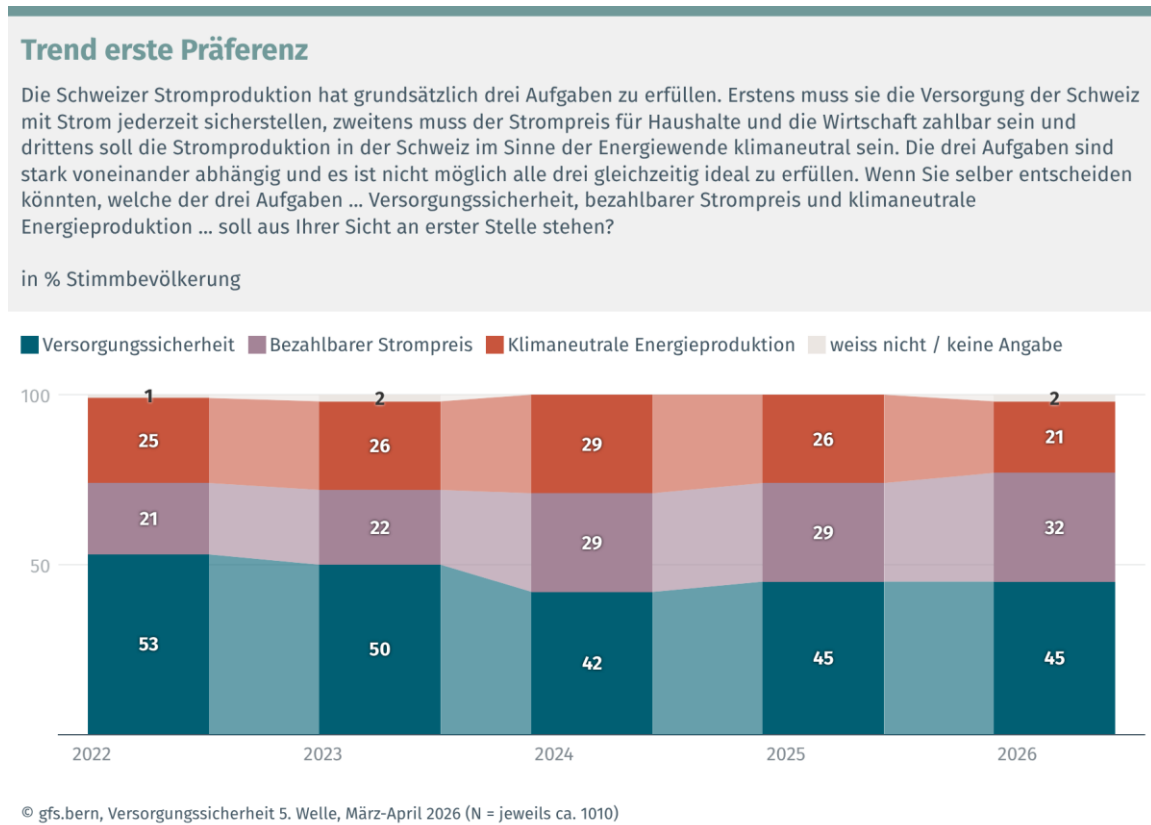


© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010)

1.2 Versorgungssicherheit

Im Trilemma der Stromproduktion zwischen Versorgungssicherheit, bezahlbarem Strompreis und klimaneutraler Energieproduktion bleibt auch 2026 die Sicherstellung der Versorgungssicherheit die häufigste erste Priorität (45%). Etwas abgenommen hat demgegenüber die Priorisierung der klimaneutralen Energieproduktion (21%, -5 Pp.).

Grafik 4



Bezogen auf den Umgang mit den Zielkonflikten innerhalb der Stromproduktion wiederholt sich in diesem Jahr ein ähnliches Meinungsbild in der Stimmbevölkerung: In den drei am stärksten unterstützten Aussagen wird jeweils die klimaneutrale und nachhaltige Stromproduktion dem Strompreis, der Versorgungssicherheit sowie dem Landschaftsschutz untergeordnet, wobei letzterer vor dem Hintergrund der Priorisierung inländischer Produktion erneuerbarer Energien ins Wanken gerät.

Am stärksten unterstützt bleibt die Aussage, dass der Aufbau nachhaltiger Energieproduktion den Strompreis nicht massiv verteuern dürfe. 70 Prozent stimmen dieser Haltung zu, auch wenn die Zustimmung gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgeht (-6 Pp.). Ebenfalls klar mehrheitsfähig bleibt die Priorisierung der Versorgungssicherheit: 63 Prozent sind der Meinung, dass sich die Schweiz Stromausfälle nicht leisten könne, selbst wenn dadurch Klima- und Energieziele nicht vollständig erreicht werden (-5 Pp.). Die unmittelbare Krisenwahrnehmung rund um eine Strommangellage hat sich damit zwar etwas abgeschwächt, Versorgungssicherheit bleibt jedoch ein zentrales Leitmotiv der Energiepolitik. Die Zustimmung zur Aussage, dass die Energiewende keine Ausrede für das Aufgeben des Landschaftsschutzes sei, bleibt ebenfalls mehrheitsfähig (60%).

Gleichzeitig wächst die Bedeutung der inländischen Energieproduktion. 58 Prozent unterstützen inzwischen die Aussage, dass die Produktion erneuerbarer Energien in der Schweiz auch dann gesteigert werden müsse, wenn dafür beim Umweltschutz Abstriche in Kauf zu nehmen wären (+9 Pp.).



Die gestiegene Bereitschaft unter Umständen solche Abstriche zu tolerieren ist stark ideologisch geprägt. Während diese Bereitschaft bei Anhänger:innen von Grünen und SP im Vergleich zum letzten Jahr stabil geblieben ist, hat sie insbesondere bei der Wählerschaft von GLP (+13 Pp,) und SVP (+23 Pp.) klar zugenommen.

Parallel dazu bleibt auch die Unterstützung für eine rasche Energiewende mehrheitsfähig, egal wie viel Kosten dafür anfallen würden (52%). Dennoch sinkt die Bereitschaft, dafür grössere Risiken in Kauf zu nehmen: Nur noch 36 Prozent wären bereit, Stromausfälle zugunsten einer kompromisslosen Umsetzung der Energiewende zu akzeptieren (-8 Pp.). Damit erreicht diese Position den tiefsten gemessenen Wert seit Beginn der Erhebung.

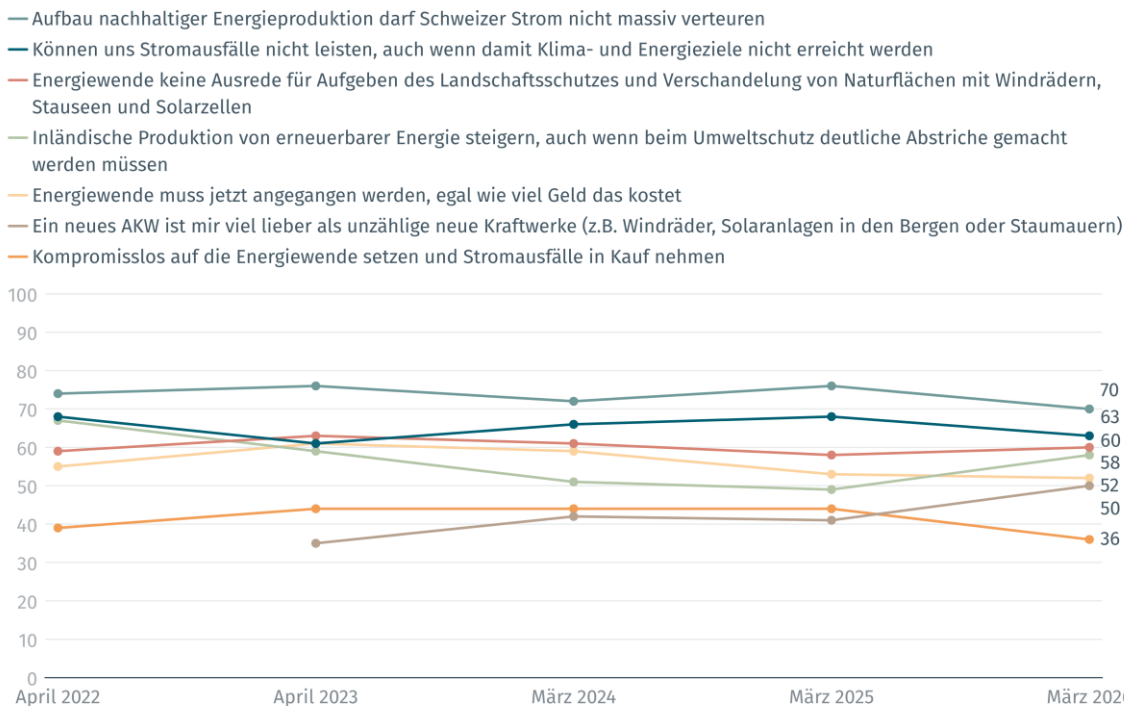
Auffällig ist zudem die deutlich gestiegene Offenheit gegenüber der Kernenergie. Erstmals spricht sich mit 50 Prozent die Hälfte der Stimmberechtigten eher für ein neues AKW aus als für zahlreiche neue Kraftwerke wie Windräder, Solaranlagen oder Staumauern (+9 Pp.). Während die Zustimmung zu dieser Möglichkeit in der französischsprachigen Schweiz im Verhältnis zum letzten Jahr konstant geblieben ist, hat sie in der Deutschschweiz (+9 Pp.) spürbar zugenommen.

Grafik 5

Trend Möglichkeiten Umgang mit Konflikten

Im Folgenden können Sie einige Möglichkeiten lesen, wie man mit Konflikten zwischen den drei Aufgaben umgehen kann. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie mit einer solchen Möglichkeit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010)

1.2.1 Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Auch bei den politischen Massnahmen gegen eine mögliche Strommangellage zeigt sich 2026 im Vergleich zu 2024/2025 wieder mehr Bewegung in den Präferenzen. Besonders breit abgestützt sind weiterhin Massnahmen, die den Ausbau der inländischen Stromproduktion stärken oder die Energieeffizienz erhöhen. Gleichzeitig zeigt sich eine zunehmende Skepsis gegenüber dem Ausbau von gewissen Erneuerbaren.

Am stärksten unterstützt bleibt die Förderung von Energieeffizienz. 89 Prozent der Stimmberechtigten halten entsprechende Massnahmen für sinnvoll (-4 Pp.). Ebenfalls sehr hohe Zustimmung erhalten der Ausbau der Wasserkraft (85%, -7 Pp.) sowie der Ausbau von Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden (82%, -12 Pp.). Trotz Rückgängen bei der Zustimmung gegenüber dem Vorjahr bleiben diese Massnahmen klar mehrheitsfähig und bilden weiterhin den Kern eines breit akzeptierten energiepolitischen Kurses. Ungebrochen hoch ist die Bereitschaft, selbst als Konsument oder Konsumentin in die Energieproduktion zu investieren (82%).

Auffällig ist zugleich die hohe Unterstützung für bestehende AKW. 79 Prozent sprechen sich dafür aus, Kernkraftwerke weiterzubetreiben, solange sie sicher sind. Damit befindet sich die Zustimmung auf gleich hohem Niveau wie die etablierte erneuerbare Technologie der Biomasse (79%). Etwas tiefer, aber weiterhin klar mehrheitsfähig, ist der

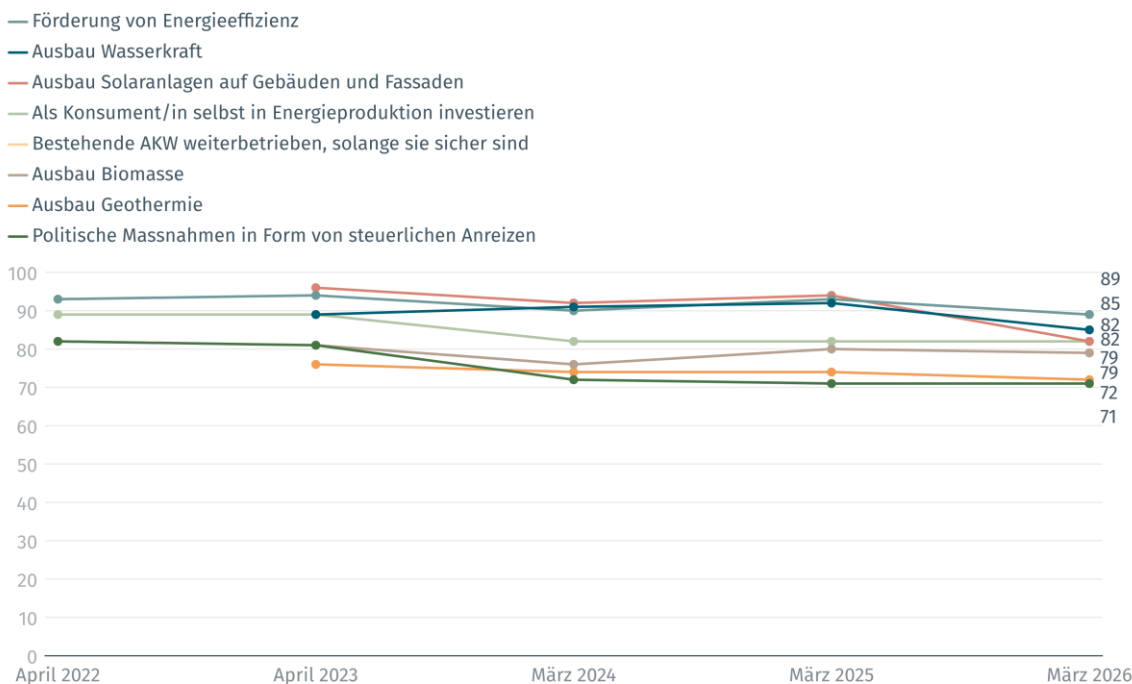
Ausbau der Geothermie (72%) sowie die Unterstützung für steuerliche Anreize (71%). Beide Werte bleiben gegenüber dem Vorjahr weitgehend stabil.

Grafik 6

Trend Politische Massnahmen gegen Strommangel (1/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen halten.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010)

Ebenfalls von klaren Mehrheiten unterstützt werden weiterhin der Ausbau bei Windkraft und beim Wasserstoff (68%). Ebenso viele befürworten die Möglichkeit, Beschwerden gegen Energieprojekte einzuschränken, damit der Ausbau schneller vorankommen kann (68%). Diese Massnahme hat im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozentpunkte an Zustimmung zugelegt. Abgenommen hat hingegen die Unterstützung der Massnahme in Form von Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsameren (66%, -6 Pp.) Stabil auf 62 Prozent bleibt die Zustimmung zu Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen. Damit bleibt die Bereitschaft gross, den Ausbau der inländischen Energieproduktion zu beschleunigen, auch wenn dafür Eingriffe in Verfahren oder Landschaften nötig werden.

Nicht nur die Weiterführung bestehender Atomkraftwerke, sondern auch neue werden mehrheitlich befürwortet. So halten 59 Prozent den Bau von AKW der nächsten Generation für sinnvoll (+6 Pp. gegenüber 2025). Die stärkere Unsicherheit macht sich auch dadurch bemerkbar, dass der Bau von Gaskraftwerken für Notfälle in der Versorgung an Zustimmung gewinnt (51%, +6 Pp.). Auch der Bau heutiger AKW-Typen gewinnt an Zustimmung und erreicht 2026 48 Prozent (+9 Pp. gegenüber 2025). Die Kernenergie wird damit in diesem Jahr als realistischere Option zur langfristigen Sicherung der Stromversorgung wahrgenommen.



Für den Bau von AKWs der nächsten Generation, oder solchen die heute bereits in Frankreich neu gebaut werden, sind vor allem Personen aus der Deutschschweiz. Gerade im Vergleich zum letzten Jahr hat die Zustimmung zum Bau dieser AKWs in der Deutschschweiz nochmals an Unterstützung gewonnen, während sie in der französischsprachigen Schweiz nur marginal gestiegen ist.

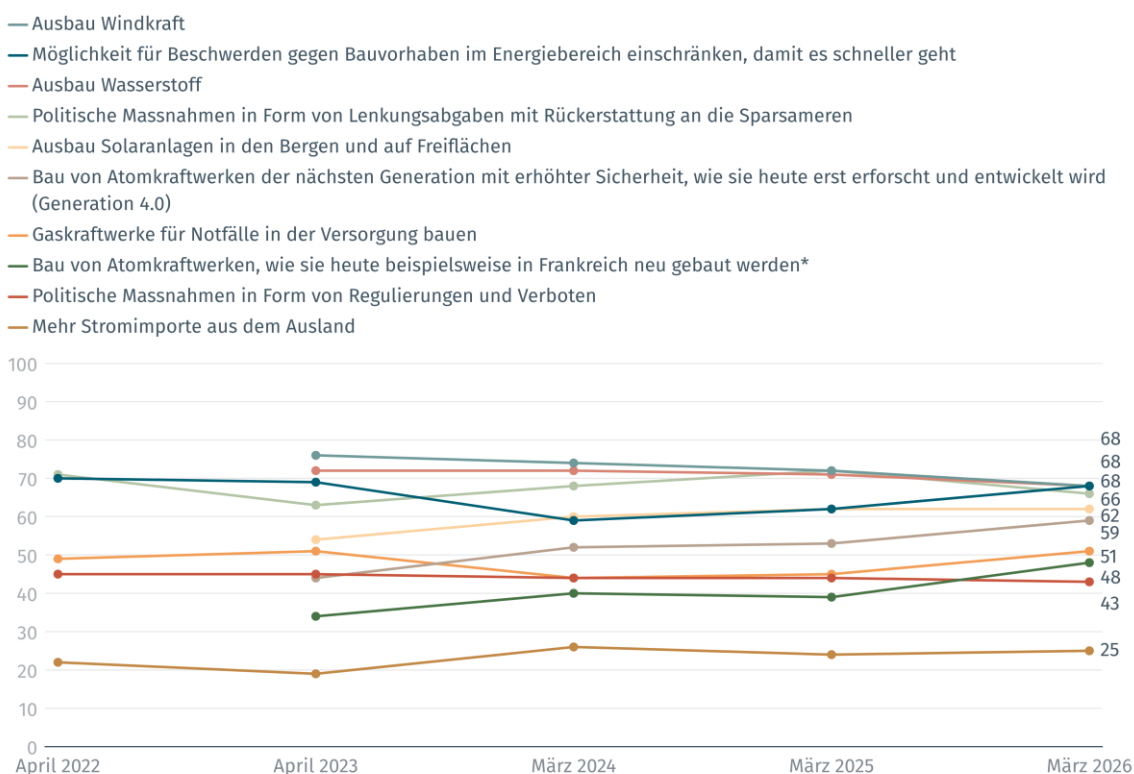
Demgegenüber bleiben klassische staatliche Eingriffe deutlich umstrittener. Politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten (43%) erreichen vergleichsweise tiefere Zustimmungswerte. Noch geringer bleibt die Unterstützung für mehr Stromimporte aus dem Ausland (25%). Die Bevölkerung setzt damit klar stärker auf den Ausbau der inländischen Stromproduktion als auf eine stärkere Abhängigkeit vom Ausland.

Grafik 7

Trend Politische Massnahmen gegen Strommangellage (2/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen halten.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010).

*bis 2025: 'Bau von Atomkraftwerken, wie sie heute beispielsweise in Frankreich oder Finnland neu gebaut werden'

Bei verschiedensten politischen Massnahmen gegen eine Strommangellage zeigt sich über Parteigrenzen hinweg eine breite Mehrheitsfähigkeit. Klare Gegensätze werden hingegen beim Thema Atomkraftwerke erkennbar.

Besonders deutlich ist der parteiübergreifende Konsens beim Ausbau erneuerbarer Energieformen. So erhalten Windkraft, Wasserstoff und Solaranlagen in Bergen und auf

Freiflächen, mit Ausnahme der SVP-Wählerschaft, in allen Parteilagern Mehrheiten. Über alle politischen Lager hinweg werden auch Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsameren und die Einschränkung von Beschwerderechten gegen Energieprojekte jeweils mehrheitlich unterstützt. Mehr Stromimporte aus dem Ausland werden hingegen von links und von rechts mehrheitlich abgelehnt.

Klare Trennlinien zeichnen sich bei der Kernenergie ab. AKW der nächsten Generation werden von Anhänger:innen der FDP (85%), SVP (79%) und Mitte (69%) klar befürwortet, von Grünen (20%) und SP (25%) und GLP (25%) hingegen grossmehrheitlich abgelehnt. Noch ausgeprägter ist die Spaltung beim Bau heutiger AKW-Typen. Im Vergleich zur letzten Erhebung hat die Polarisierung beim Bau von AKW nach heutigem Muster – wie sie etwa in Frankreich entstehen – weiter zugenommen. Grüne, SP und GLP sind heute noch dezidierter dagegen, während jene Teile der dazu befragten Stimmbevölkerung, die sich der Mitte, FDP oder SVP zugehörig fühlen, diese Massnahme verstärkt befürworten.

Für den Ausbau der inländischen Stromproduktion bestehen entsprechend breite Mehrheiten. Die Trennlinie verläuft nicht zwischen Ausbau und Nichtausbau, sondern ist eine Frage der Technologie, die zur Anwendung kommen soll: Bei erneuerbaren Energien ist der Konsens weitgehend intakt, bei der Kernenergie klaffen links und rechts hingegen weit auseinander.

Grafik 8

Politische Massnahmen gegen Strommangellage (2/2) nach Partei

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen halten.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher sinnvoll

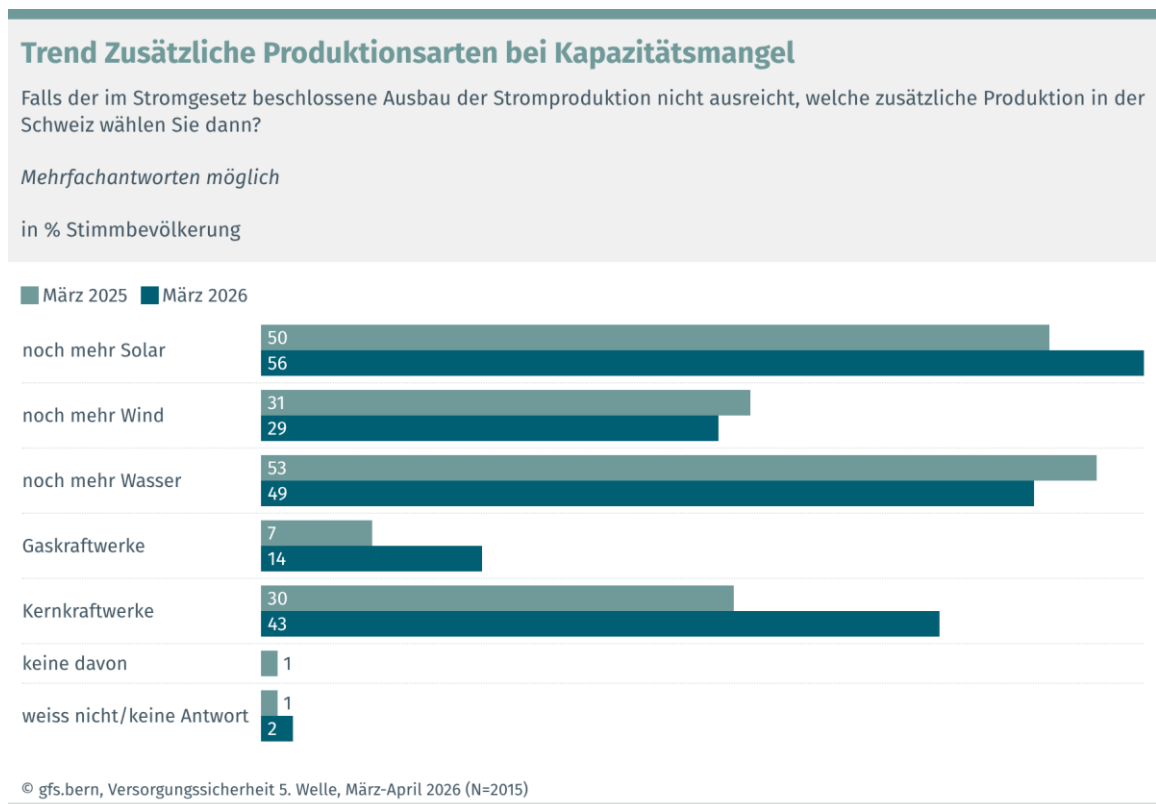
Partei	Total	Grüne	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Partei-ungebundene
Ausbau Windkraft	68	95	89	75	64	62	47	74
Ausbau Wasserstoff	68	64	70	63	62	72	66	80
Möglichkeit für Beschwerden gegen Bauvorhaben im Energiebereich einschränken, damit es schneller geht	68	61	58	68	77	83	72	72
Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation mit erhöhter Sicherheit, wie sie heute erst erforscht und entwickelt wird (Generation 4.0)	59	20	25	25	69	85	79	76
Mehr Stromimporte aus dem Ausland	25	29	25	20	18	31	33	15
Politische Massnahmen in Form von Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsameren	66	85	82	74	85	60	57	38
Ausbau Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen	62	79	69	68	72	54	45	66
Gaskraftwerke für Notfälle in der Versorgung bauen	51	47	61	27	44	55	66	50
Bau von Atomkraftwerken, wie sie heute beispielsweise in Frankreich neu gebaut werden*	48	4	15	7	50	79	75	57
Politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten	43	72	62	48	43	34	27	40

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026

1.3 Stromgesetz

Für den Fall, dass der im Stromgesetz beschlossene Ausbau der Stromproduktion nicht ausreicht, setzt die Schweizer Bevölkerung nach wie vor eher auf erneuerbare Energien als auf Gas- und Kernkraftwerke. Jeweils eine Mehrheit würde in einer solchen Situation für mehr Solarenergienutzung (56%) respektive mehr Wasserkraftnutzung (49%) plädieren, wobei erstere Energiequelle im Vergleich zum Vorjahr an Zustimmung gewinnt (+6 Pp.) und letztere leicht verliert (-4 Pp.). Bei knapp jeder dritten Person würde die Wahl auf mehr Wind fallen (29%). Deutlich an Popularität gewonnen haben bei der Frage zum Kapazitätsmangel die Kernkraftwerke (43%, +13 Pp.). Auch die Gaskraftwerke werden in diesem Szenario häufiger als alternative Quelle zur Stromproduktion gesehen (14%, +7 Pp.)

Grafik 9



Wenn trotz aller Bemühungen keine weiteren Anlagen für die Nutzung von Solar-, Wind- und Wasserkraft gebaut werden können, würde sich die Schweizer Bevölkerung betreffend zusätzlicher Stromproduktion nach wie vor eher für Kernkraftwerke (58%, +9 Pp.) als für Gaskraftwerke (26% unverändert) aussprechen.

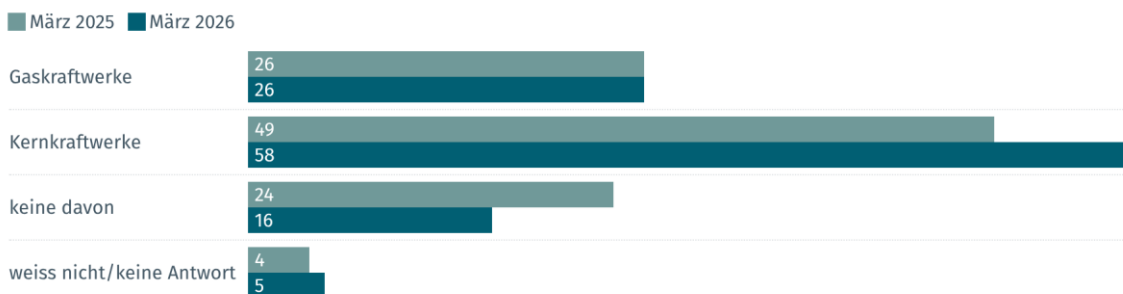
Grafik 10

Trend Zusätzliche Produktionsarten ohne Solar/Wind/Wasser bei Kapazitätsmangel

Falls der im Stromgesetz beschlossene Ausbau der Stromproduktion nicht ausreicht, und trotz allen Bemühungen nicht mehr Solar, Wind und Wasser gebaut werden kann; welche zusätzliche Produktion in der Schweiz wählen Sie dann?

Mehrfachantworten möglich

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N=2015)

1.4 Anlagen zur Stromproduktion

Auch bei der Frage nach konkreten Standorten für neue Energieanlagen zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr gewisse Verschiebungen.

Mit Abstand am breitesten abgestützt bleiben grosse Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur wie Autobahnen oder Staumauern. 94 Prozent der Stimmberechtigten unterstützen solche Standorte. Ebenfalls hohe Zustimmung erhält 2026 die Nutzung von Solaranlagen auf geeigneten Dächern und Fassaden, selbst wenn dadurch traditionelle Ortsbilder beeinträchtigt werden (70%). Damit bleibt der Ausbau der Solarenergie gesellschaftlich stark legitimiert, solange bestehende Flächen genutzt werden können.

Darüber hinaus besteht auch eine nach wie vor relativ hohe Offenheit gegenüber Eingriffen in alpine Räume. So werden zwar etwas weniger stark, aber immer noch mehrheitlich neue Stauseen an Orten früherer Gletscher befürwortet (70%, -6 Pp.). Stabile 59 Prozent der Stimmbevölkerung haben zudem nichts einzuwenden gegen Windräder auf Hügeln oder in der Nähe von Wohnhäusern. Die Bereitschaft, neue Energieinfrastruktur auch sichtbar im Landschaftsbild zuzulassen, bleibt damit mehrheitsfähig und verweist auf die hohe Bedeutung der inländischen Stromproduktion. Grosse Solaranlagen in den Bergen auf freien Wiesen werden ebenfalls knapp mehrheitlich akzeptiert (52%).

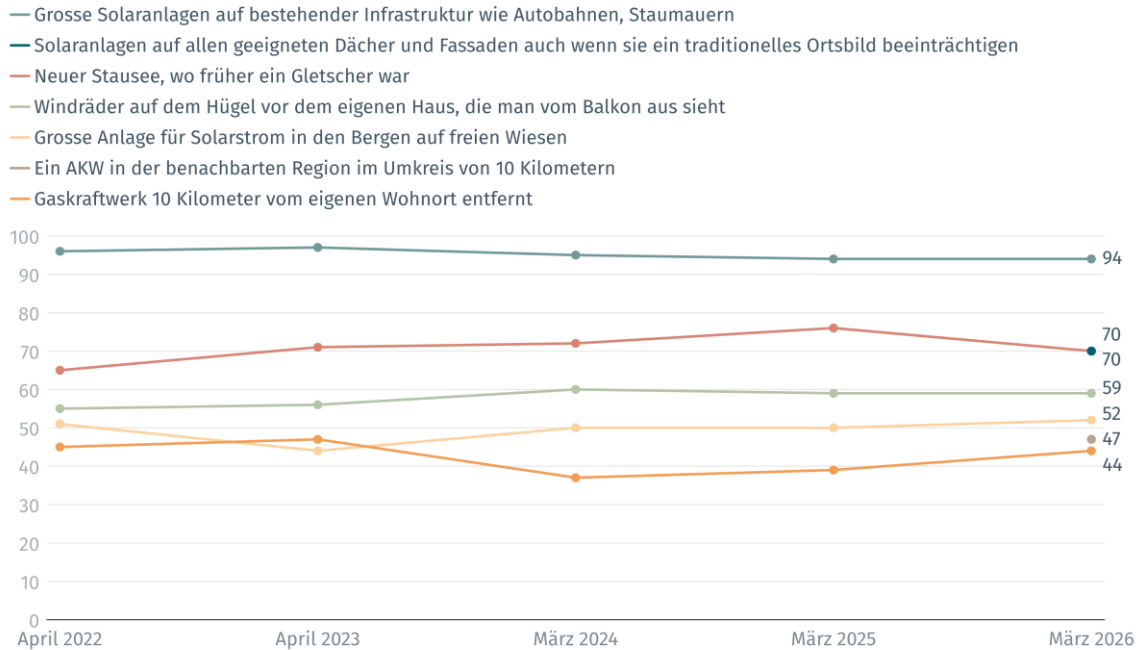
47 Prozent haben zudem gegen ein AKW in der benachbarten Region im Umkreis von zehn Kilometern nichts einzuwenden. Etwas zurückhaltender bleibt die Haltung gegenüber fossilen Lösungen. Ein Gaskraftwerk in zehn Kilometern Entfernung vom eigenen Wohnort wird lediglich von 44 Prozent (+5 Pp.) unterstützt und bleibt damit klar in der Akzeptanz hinter den erneuerbaren Formen der Stromproduktion zurück.

Grafik 11

Trend Standort von neuen Anlagen zur Stromproduktion

Grund für Diskussionen sind auch immer wieder die Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion. Sie können nun unterschiedliche Möglichkeiten lesen, wo solche Anlagen stehen können. Geben Sie jeweils an, ob Sie mit einem solchen Standort sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010).

1.5 Blackout-Initiative

Die zunehmende Bereitschaft für technologieoffene Lösungen zeigt sich schliesslich auch bei der sogenannten Blackout-Initiative. Nachdem sich in den vorangehenden Befunden bereits eine wachsende Akzeptanz der Kernenergie sowie ein stärkerer Fokus auf Versorgungssicherheit abgezeichnet haben, findet auch die Initiative selbst inzwischen eine mehrheitsfähige Ausgangslage.

Würde heute über die Blackout-Initiative abgestimmt, würden 55 Prozent der Stimmberechtigten eher oder klar zustimmen, während 36 Prozent die Vorlage ablehnen. 2025 lag der Ja-Anteil noch bei 46 Prozent. Die Initiative gewinnt damit innerhalb eines Jahres an Unterstützung¹. Im Vergleich bleibt der Anteil Unentschlossener mit 9 Prozent tief. Gleichzeitig ist es nur knapp jede siebte Person, die die Initiative derzeit klar ablehnen oder annehmen würde, was zeigt, dass die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, aber sich bisherige Meinungen langsam aufweichen und damit Unsicherheit in der aktuellen Stimmabsicht entsteht, noch ohne, dass neue harte Fronten geschaffen wurden.

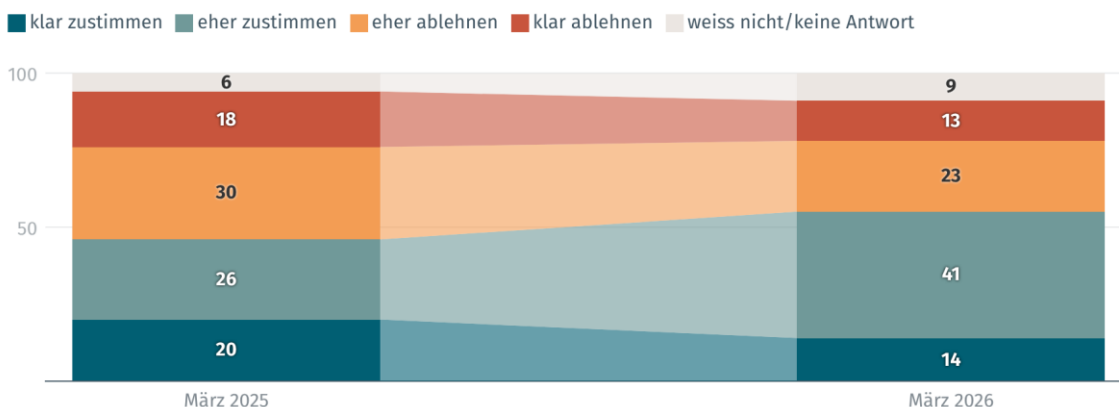
¹ Im Vergleich zur letztjährigen Befragung wurde die Fragestellung leicht angepasst, indem der Zusatz «einschliesslich Kernenergie» weggelassen wurde und sich damit näher am Initiativtext befindet.

Grafik 12

Trend Stimmabsicht Blackout-Initiative

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» verlangt, dass die Schweiz in der Bundesverfassung verankert, dass die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein muss. Sie fordert zudem, dass zur Sicherstellung der Versorgung alle klimaschonenden Arten der Stromproduktion zulässig sein sollen, ohne Technologie- oder Bewilligungsverbote. Wenn schon heute über die sogenannte Blackout-Initiative abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?*

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010).

*Fragetext 2025: 'Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» fordert, dass die Schweiz eine sichere Stromversorgung jederzeit gewährleistet und keine Technologie - einschliesslich Kernenergie - ausgeschlossen wird. Wenn schon heute über die sogenannte Blackout-Initiative abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?'

Die Stimmabsicht zur Blackout-Initiative folgt insgesamt erkennbaren parteipolitischen Mustern, fällt aber nicht in allen Lagern gleich eindeutig aus. Am klarsten unterstützt wird die Initiative von Anhänger:innen der FDP, wo 72 Prozent eher oder klar zustimmen. Auch bei Parteiungebundenen (60%), sowie bei der Anhängerschaft von Mitte (59%) und SVP (59%) überwiegt die Zustimmung. Damit findet die Vorlage vor allem im bürgerlichen und parteiungebundenen Umfeld Rückhalt.

Anders präsentiert sich das Bild im linken Lager. Bei Sympathisierenden der Grünen dominiert die Ablehnung der Initiative mit 73 Prozent klar. Die SP-Wählerschaft positioniert sich hingegen weniger eindeutig und stimmt der Vorlage mit 51 Prozent knapp zu. Diese Abweichung vom üblichen Muster bei AKW-Fragen dürfte auch damit zusammenhängen, dass im Initiativtext nicht explizit von Kernenergie die Rede ist und die Initiative stärker über Versorgungssicherheit und Technologieoffenheit gerahmt wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Zustimmungsanteil unter SP-Sympathisant:innen bei zunehmender Kenntnis bezüglich dem Initiativgehalt sinkt.

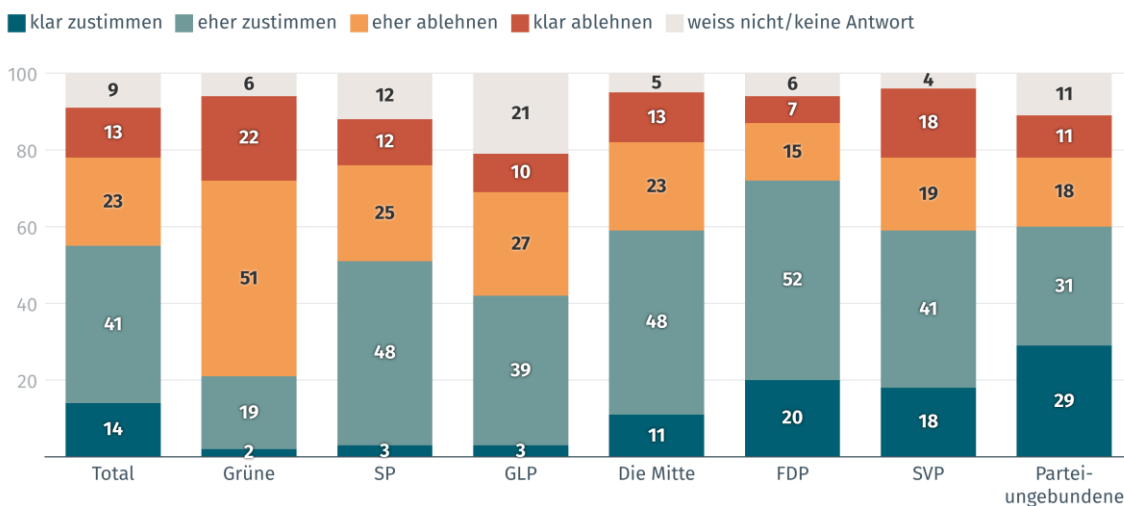
Bei der GLP schliesslich überwiegt die Befürwortung leicht, wobei in dieser Parteirahmung noch jede fünfte Person keine klare Position bezieht.

Grafik 13

Stimmabsicht Blackout-Initiative nach Partei

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» verlangt, dass die Schweiz in der Bundesverfassung verankert, dass die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein muss. Sie fordert zudem, dass zur Sicherstellung der Versorgung alle klimaschonenden Arten der Stromproduktion zulässig sein sollen, ohne Technologie- oder Bewilligungsverbote. Wenn schon heute über die sogenannte Blackout-Initiative abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (n=906), sig., Cramér's V = 0.17

Etwas ambivalenter präsentiert sich hingegen das Bild beim Gegenvorschlag, der sich auf die Aufhebung des Neubauverbots für Atomkraftwerke beschränkt. Zwar sprechen sich auch hier 50 Prozent für die Vorlage aus, gleichzeitig fällt die Ablehnung mit 44 Prozent verhältnismässig hoch aus. Auffällig ist zudem die stärkere Polarisierung: Der Anteil klarer Ablehnung liegt mit 22 Prozent deutlich höher als bei der Initiative.

Die stärkere Polarisierung des Gegenvorschlags zeigt sich auch bei den Parteiaffinitäten. Im Vergleich zur breiter formulierten Blackout-Initiative wirken die Meinungen hier bereits deutlich gefestigter: Während die Zustimmung im bürgerlichen Lager klar dominiert, fällt die Ablehnung bei linken Anhängerinnen und Anhängern ausgesprochen deutlich aus. Die explizite Fokussierung auf die Aufhebung des AKW-Neubauverbots aktiviert damit stärker die klassischen energiepolitischen Konfliktlinien.

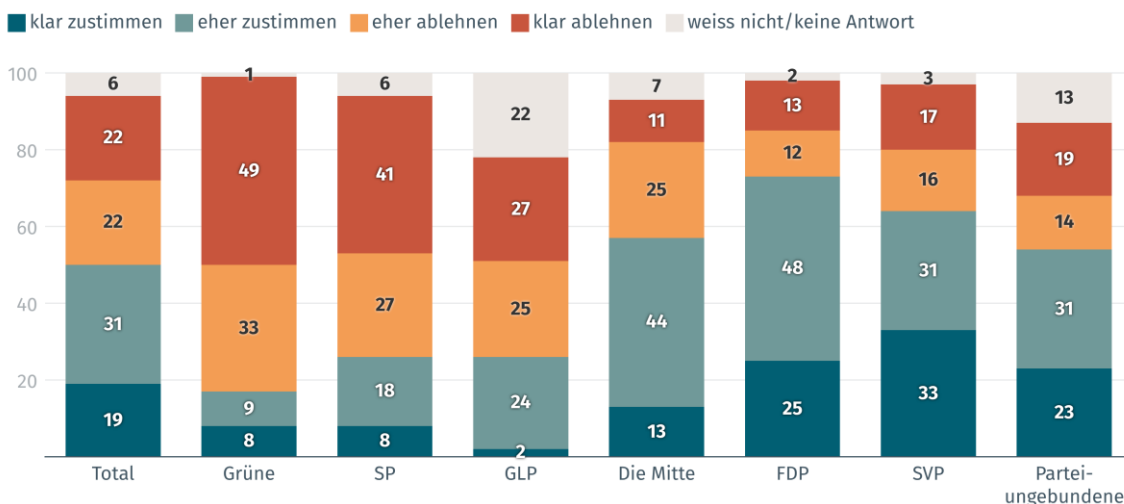
Auffällig ist zudem die Haltung der GLP-Sympathisierenden. Anders als bei der Blackout-Initiative überwiegt hier die Ablehnung (52%), während sich lediglich 26 Prozent zustimmend äussern. Gleichzeitig bleibt der Anteil Unentschlossener mit 22 Prozent verhältnismässig hoch. Die Meinungen zum Gegenvorschlag verlaufen damit stärker entlang klassischer Links-Rechts-Muster als bei der Initiative selbst. Die direkte AKW-Frage führt augenscheinlich zu klareren und stärker gefestigten Positionierungen innerhalb der jeweiligen politischen Lager.

Grafik 14

Stimmabsicht Gegenvorschlag Blackout-Initiative nach Partei

Der Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative will hingegen einfach das Neubauverbot von Atomkraftwerken aus dem Gesetz streichen und verzichtet auf alle anderen Elemente aus der Initiative. Wenn schon heute über den Gegenvorschlag abgestimmt würde, wie würden Sie abstimmen?

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (n=906), sig., Cramér's V = 0.24

Mit der steigenden Zustimmung zur Blackout-Initiative verschiebt sich auch die Wahrnehmung der damit verbundenen Argumente. Besonders stark verhängt dabei die Verbindung von Versorgungssicherheit, wirtschaftlicher Stabilität und technologischer Offenheit.

Am meisten Zustimmung erhalten wirtschafts- und versorgungspolitische Überlegungen. Jeweils 73 Prozent der Stimmberechtigten sind der Meinung, dass eine zuverlässige Stromversorgung die Wirtschaft stärken und Unternehmen in der Schweiz halten würde, sowie dass ein Bau neuer Kernkraftwerke nicht im Stande dazu wäre, kurzfristige Versorgungsprobleme lösen zu können. Gleichzeitig betonen 70 Prozent der Stimmberechtigten, dass alle klimaschonenden Technologien – inklusive Kernenergie – genutzt und diskutiert werden sollen. Breit abgestützt ist auch die Vorstellung, dass sich Kernkraft und erneuerbare Energien sinnvoll ergänzen täten. (62%).

Auffällig ist zudem die Entwicklung beim Argument rund um erneuerbare Energien. Mittlerweile unterstützt eine Mehrheit von 55 Prozent die Aussage, dass Sonne und Wind die Stromversorgung nicht sicherstellen und es deshalb Kernkraftwerke braucht (+11 Pp.), was die gestiegenen Bedenken bezüglich Versorgungssicherheit spürbar macht. Hingegen leicht abgenommen hat die Meinung, dass die Annahme der Initiative zu neuen Atomkraftwerken führen würde, was hohe Kosten und langfristig grosse Risiken mit sich bringe (54%, -4 Pp.). Knapp die Hälfte ist zudem der Überzeugung, dass Kernkraftwerke benötigt werden, um den grossen Energiebedarf von KI-Rechenzentren decken zu können (49%). Klar an Zustimmung eingebüsst hat hingegen die Aussage, dass die Initiative Investitionen in erneuerbare Energien verhindere und den Fortschritt bremse (-10 Pp.). Damit fällt dieses Argument erstmals unter die Mehrheitsgrenze –

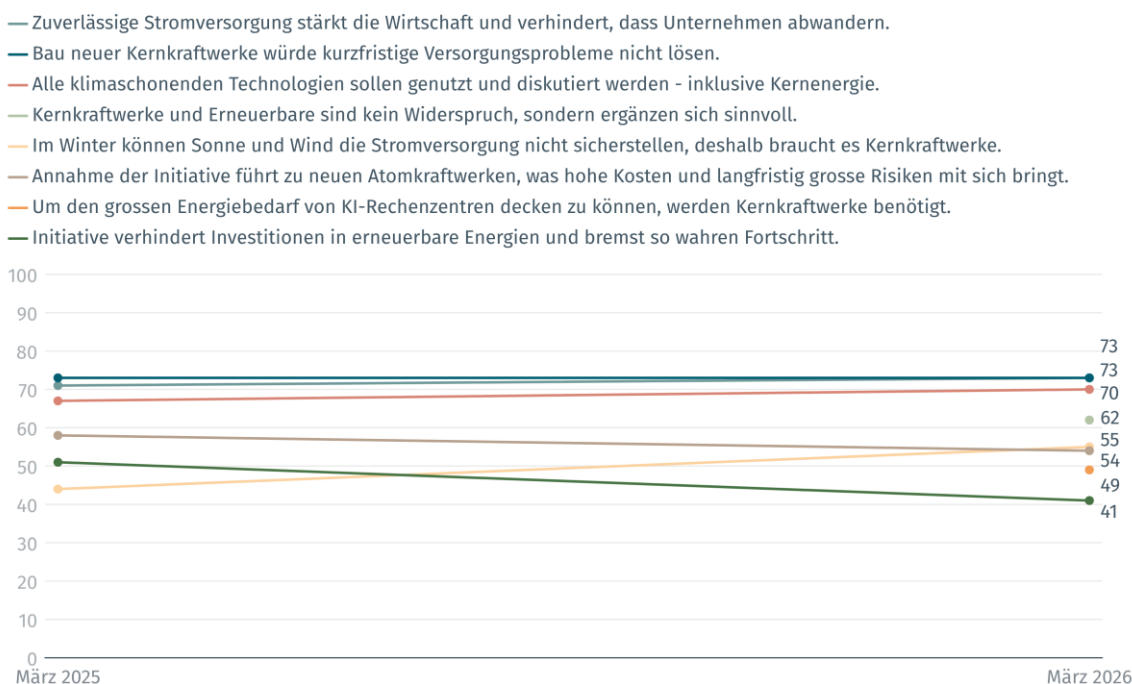
Gemäss Wirkungsanalyse stellt dieses Argument denr stärksten Treiber für die Ablehnung der Initiative und des Gegenvorschlags dar.

Grafik 15

Trend Aussagen zur Blackout-Initiative

Die folgenden Aussagen im Zusammenhang mit der Blackout-Initiative sind immer wieder zu hören. Bitte sagen Sie jeweils ob Sie mit diesen Aussagen sehr einverstanden sind, eher einverstanden, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden.

in % Stimmbevölkerung, Anteil sehr/eher einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010)

Die Unterschiede zwischen den politischen Lagern zeigen sich nicht nur bei der direkten Stimmabsicht zur Blackout-Initiative, sondern auch beim Verhältnis zwischen Argumentenindex und konkreter Zustimmung zur Vorlage. Grundsätzlich wäre zu erwarten, dass die Zustimmung zu den Argumenten und die Stimmabsicht möglichst eng zusammenfallen. Wo dies nicht der Fall ist, deutet dies darauf hin, dass die Vorlage nicht konsistent mit der Beurteilung der Argumente interpretiert wird.

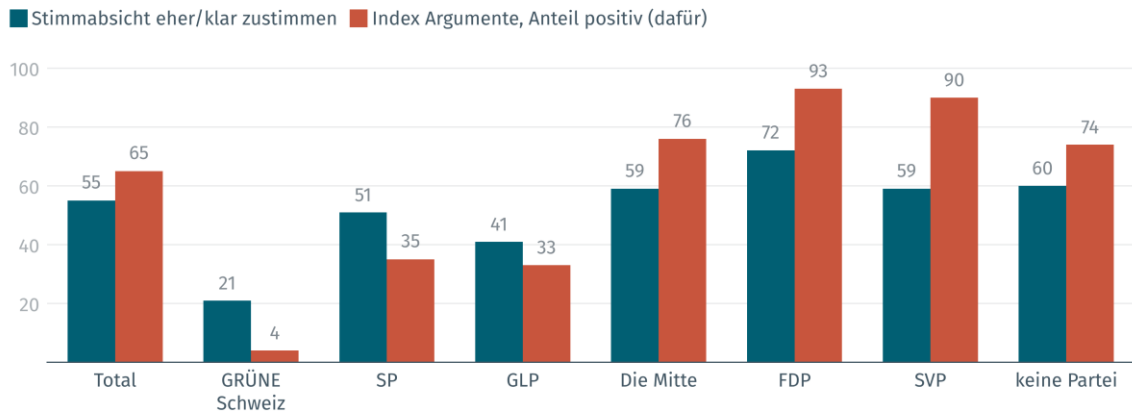
Dies ist bei Sympathisierenden von SP, GLP und insbesondere Grünen der Fall, indem hier die Zustimmung zur Initiative höher ausfällt, als es der vergleichsweise tiefe Argumentenindex erwarten lassen würde. Das wiederum ist ein starker Hinweis darauf, dass insbesondere im linken Lager mit zunehmender Kenntnis zur Initiative der Ja- Anteil noch schrumpfen sollte. Umgekehrt zeigt sich bei der Anhängerschaft von Mitte, FDP und insbesondere der SVP ein höherer Argumentenindex als eigentliche Stimmbereitschaft. Die inhaltlichen Argumente verfangen dort zwar sehr stark, dennoch scheint ein Teil der Anhängerschaft bei der konkreten Vorlage zurückhaltender zu bleiben als aufgrund der Argumentenbewertung zu erwarten wäre. Die spürbare Differenz zwischen argumentativem Verhalten und Stimmabsichten zeigt schlussendlich auch, dass die Diskussion zu dieser Frage in der Bevölkerung noch nicht abgeschlossen ist.

Grafik 16

Zustimmung 'Blackout-Initiative' vs. Argumentenindex* nach Parteien

Die Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» verlangt, dass die Schweiz in der Bundesverfassung verankert, dass die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein muss. Sie fordert zudem, dass zur Sicherstellung der Versorgung alle klimaschonenden Arten der Stromproduktion zulässig sein sollen, ohne Technologie- oder Bewilligungsverbote.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (n = 912)

*Erläuterung Argumentenindex: Die Argumente werden aufgrund ihrer Bedeutung für die Stimmsabsicht recodiert. Dabei wird die Zustimmung zu den Pro-Argumenten und die Ablehnung zu den Contra-Argumenten als positiv definiert, die Ablehnung zu den Pro-Argumenten und die Zustimmung zu den Contra-Argumenten als negativ. Dies wird für jedes Argument berechnet und danach summiert. Entsteht eine positive Summe, liegt ein Überhang zur argumentativen Zustimmung vor, liegt eine negative Summe vor, eine argumentative Ablehnung.

1.6 Stromabkommen und Marktliberalisierung

Nachdem die Zustimmung zu einem Stromabkommen mit der EU im vergangenen Jahr ihren Höchststand erreicht hat, zeigt sich 2026 wieder eine gewisse Abkühlung. Dennoch bleibt die Unterstützung insgesamt klar mehrheitsfähig und bewegt sich weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau.

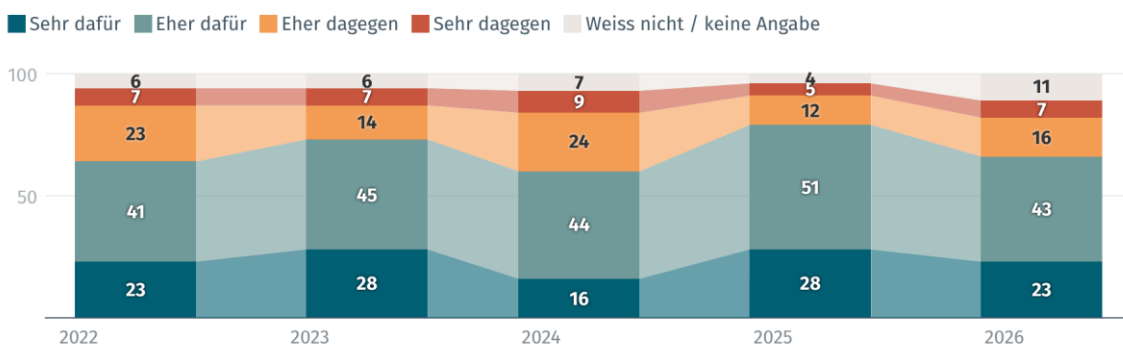
Aktuell sprechen sich 66 Prozent der Stimmberechtigten sehr oder eher für ein Stromabkommen mit der EU aus. Gegenüber 2025 entspricht dies einem Rückgang von 13 Prozentpunkten. Gleichzeitig steigt die Ablehnung wieder leicht an: 23 Prozent sind eher oder sehr dagegen (+6 Pp.). Trotz dieses Rückgangs bleibt die Zustimmung deutlich höher als noch 2022 oder 2024. Das Stromabkommen wird weiterhin von einer breiten Mehrheit als sinnvoller Beitrag zur Versorgungssicherheit wahrgenommen.

Grafik 17

Trend Stromabkommen Schweiz - EU

Die Bilateralen III sind ein Vertragswerk zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das darauf abzielt, die bestehenden bilateralen Abkommen zu stabilisieren und weiterzuentwickeln sowie neue Kooperationsabkommen abzuschliessen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist ein Stromabkommen mit der EU. Dieses soll die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität absichern, den Stromhandel vereinfachen und die Versorgungssicherheit stärken. Sind Sie grundsätzlich sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass man ein Stromabkommen abschliesst?*

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (N = jeweils ca. 1010).

*Fragetext 2025: 'Die Bilateralen III sind ein geplantes Vertragswerk zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das darauf abzielt, die bestehenden bilateralen Abkommen zu aktualisieren und zu erweitern. Ein zentrales Element dieser Verhandlungen ist der Abschluss eines Stromabkommens. Dieses soll die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität absichern, den Stromhandel vereinfachen und die Versorgungssicherheit stärken. Sind Sie grundsätzlich sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass man ein Stromabkommen abschliesst?'

Die grundsätzliche Zustimmung zum Stromabkommen zieht sich durch weite Teile des politischen Spektrums, fällt jedoch je nach Parteilaffinität unterschiedlich stark aus. Besonders hoch bleibt die Unterstützung bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen, wo sich 93 Prozent eher oder klar für ein Stromabkommen aussprechen. Auch bei der SP (76%), der GLP (74%), der FDP (68%) sowie der Mitte (67%) überwiegt die Zustimmung deutlich.

Am kritischsten zeigt sich erneut die SVP-Anhängerschaft. Zwar unterstützt auch dort noch gut die Hälfte ein Stromabkommen mit der EU (51%), gleichzeitig fällt die Ablehnung mit 42 Prozent deutlich höher aus als in allen anderen grossen politischen Lagern. Die stärkere Skepsis gegenüber europapolitischer Integration bleibt damit auch beim Thema Stromversorgung sichtbar.

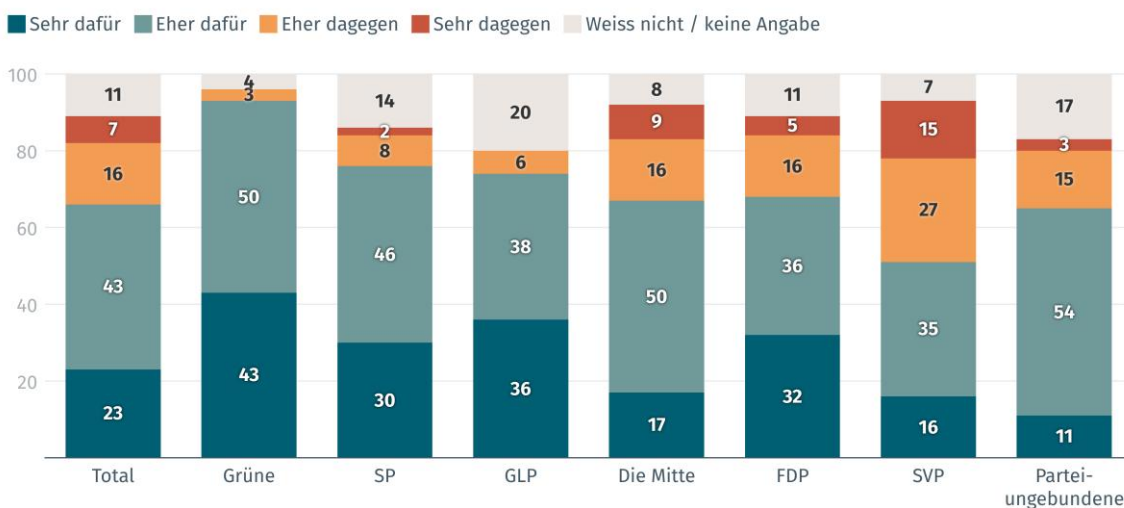
Auffällig ist zudem, dass sich parteiungebundene Personen zwar mehrheitlich für ein Stromabkommen aussprechen (65%), gleichzeitig aber einen verhältnismässig hohen Anteil Unentschlossener aufweisen (17%). Dies deutet darauf hin, dass die Meinungsbildung ausserhalb klarer parteipolitischer Orientierung weiterhin weniger gefestigt ist.

Grafik 18

Stromabkommen Schweiz - EU nach Partei

Die Bilateralen III sind ein Vertragswerk zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das darauf abzielt, die bestehenden bilateralen Abkommen zu stabilisieren und weiterzuentwickeln sowie neue Kooperationsabkommen abzuschliessen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist ein Stromabkommen mit der EU. Dieses soll die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität absichern, den Stromhandel vereinfachen und die Versorgungssicherheit stärken. Sind Sie grundsätzlich sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass man ein Stromabkommen abschliesst?

in % Stimmbevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (n=906), sig., Cramér's V = 0.2

Die Unterschiede in der Zustimmung zum Stromabkommen zeigen sich nicht nur entlang der Parteiaffinitäten, sondern auch deutlich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. So fällt die Unterstützung bei Stimmberechtigten über 65 Jahre im Vergleich zur jüngeren Alterskohorte deutlich höher aus. Auch zwischen den Sprachregionen zeigen sich Unterschiede. In der französischsprachigen Schweiz liegt die Zustimmung mit 72 Prozent deutlich höher als in der Deutsch- und italienischsprachigen Schweiz (je 64%). Das Stromabkommen findet damit insbesondere in der Romandie überdurchschnittlich starken Rückhalt.

Besonders gross fallen Unterschiede entlang der energiepolitischen Grundhaltung aus. Personen, die mit der Schweizer Energiepolitik eher oder sehr einverstanden sind, unterstützen ein Stromabkommen klar häufiger (83%) als Kritikerinnen und Kritiker der aktuellen Energiepolitik (50%). Ähnlich zeigt sich dies bei der Wahrnehmung der zukünftigen Versorgungssicherheit: Wer sich keine Sorgen um die Stromversorgung macht, befürwortet das Abkommen deutlich stärker (77%) als Personen mit Sorgen bezüglich der zukünftigen Versorgungssicherheit (62%).

Grafik 19

Stromabkommen Schweiz - EU nach Untergruppen

Die Bilateralen III sind ein Vertragswerk zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das darauf abzielt, die bestehenden bilateralen Abkommen zu stabilisieren und weiterzuentwickeln sowie neue Kooperationsabkommen abzuschliessen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Pakets ist ein Stromabkommen mit der EU. Dieses soll die Zusammenarbeit im Bereich Netzstabilität absichern, den Stromhandel vereinfachen und die Versorgungssicherheit stärken. Sind Sie grundsätzlich sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass man ein Stromabkommen abschliesst?

in % Stimmbevölkerung

● Stromabkommen Schweiz - EU

Total

Total



Alter

18-39-Jährige

40-64-Jährige

65 Jahre und mehr



Geschlecht

Frau

Mann



Sprache

DCH

FCH

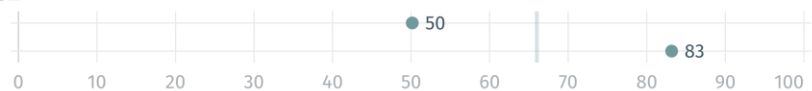
ICH



Einverständnis Energiepolitik Schweiz

eher nicht/gar nicht einverstanden

sehr/eher einverstanden



Versorgungssicherheit in Zukunft

eher/sehr grosse Sorgen

überhaupt keine/eher keine Sorgen



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026

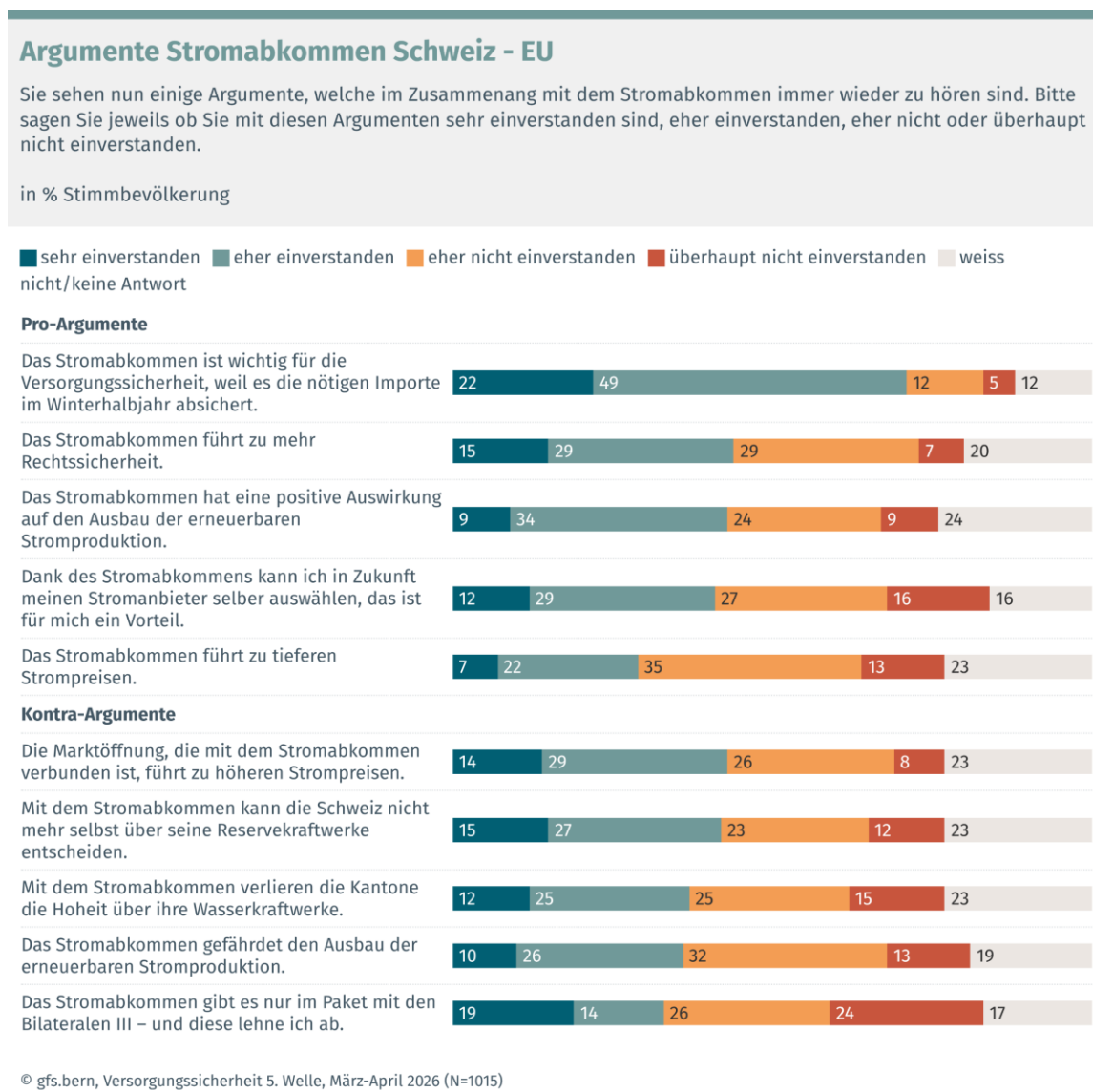
Die Argumente zum Stromabkommen werden auffallend häufig ambivalent beurteilt und sind von Unsicherheit geprägt. Zwar wird das Abkommen weiterhin mehrheitlich mit Versorgungssicherheit verbunden, bei vielen konkreten Auswirkungen herrscht jedoch spürbare Unsicherheit. Auffällig ist insbesondere der hohe Anteil an Personen ohne klare Position, was auf eine noch wenig gefestigte Meinungsbildung hindeutet. Dies dürfte auch mit den aktuell zahlreichen geopolitischen Unsicherheiten zusammenhängen, welche die Energieversorgung und den europäischen Energiemarkt direkt betreffen.

Klar am stärksten verfangt das Argument zur Versorgungssicherheit. 71 Prozent stimmen der Aussage zu, dass das Stromabkommen wichtig sei, weil es notwendige Stromimporte im Winter absichere – laut der Wirkungsanalyse ein zentraler Treiber für die Befürwortung des Stromabkommens. Bei den anderen Argumenten zeigt sich hingegen ein deutlich offeneres Meinungsbild. So stimmen 44 Prozent der Aussage zu, das

Stromabkommen führe zu mehr Rechtssicherheit. Gleichzeitig äussern sich 36 Prozent ablehnend, während weitere 20 Prozent keine klare Position einnehmen. Ähnlich verteilt sind die Einschätzungen zu den Auswirkungen auf den Ausbau erneuerbarer Energien oder zu möglichen höheren Strompreisen infolge der Marktöffnung.

Auch bei Fragen zur nationalen Souveränität bleibt das Bild uneinheitlich. 42 Prozent befürchten, die Schweiz könne mit dem Stromabkommen weniger selbst über ihre Reservekraftwerke entscheiden, während 35 Prozent dies nicht so sehen. Ebenfalls auffällig ist die hohe Unsicherheit bei institutionellen Fragen: Fast jede vierte Person macht keine Angabe dazu, ob die Kantone durch das Abkommen ihre Hoheit über ihre Wasserkraft verlieren würden. Besonders wenig überzeugt schliesslich das Argument, das Stromabkommen führe zu tieferen Strompreisen. Nur 29 Prozent stimmen dieser Aussage zu, während knapp die Hälfte sie ablehnt. Die Verknüpfung mit den Bilateralen III stösst hingegen eher auf Zustimmung als auf Skepsis.

Grafik 20



Die Argumente rund um das Stromabkommen werden je nach Parteiaffinität sehr unterschiedlich bewertet. Am stärksten verfängt über alle politischen Lager hinweg das

Argument der Versorgungssicherheit. Besonders hoch ist die Zustimmung dazu bei den Anhängerinnen und Anhängern der Mitte (87%), der Grünen (82%) und der SP (80%). Selbst bei der SVP stimmt eine klare Mehrheit zu, dass das Stromabkommen wichtig sei, um notwendige Stromimporte im Winter sicherzustellen (63%). Die Versorgungssicherheit bleibt damit der mit Abstand wichtigste gemeinsame Bezugspunkt in der Debatte. Auffällig ist zudem, dass die Bilateralen III insbesondere im rechtsbürgerlichen und parteiungebundenen Umfeld stärker als Belastung wahrgenommen werden. Während dieses Argument bei Grünen oder GLP kaum verfängt, lehnen 47 Prozent der SVP-Sympathisierenden und 51 Prozent der parteiungebundenen Personen das Stromabkommen gerade wegen der Verknüpfung mit den Bilateralen III ab.

Man erkennt in der Argumentation zum Stromabkommen damit ein sehr ähnliches Muster, wie bei der Haltung zu den Bilateralen generell. Zwar wird das Stromabkommen in fast allen politischen Lagern mit Versorgungssicherheit assoziiert, die Bewertung der konkreten Folgen hängt jedoch stark davon ab, wie europäische Kooperation, staatliche Regulierung und nationale Souveränität grundsätzlich eingeordnet werden.

Grafik 21

Zustimmung Argumente Stromabkommen Schweiz - EU nach Partei

Sie sehen nun einige Argumente, welche im Zusammenhang mit dem Stromabkommen immer wieder zu hören sind. Bitte sagen Sie jeweils ob Sie mit diesen Argumenten sehr einverstanden sind, eher einverstanden, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden.

in % Stimmbevölkerung
Anteil sehr/eher einverstanden

Partei	Total	Grüne	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Parteiungebundene
Pro-Argumente								
Das Stromabkommen ist wichtig für die Versorgungssicherheit, weil es die nötigen Importe im Winterhalbjahr absichert.	71	82	80	61	87	75	63	59
Das Stromabkommen führt zu mehr Rechtssicherheit.	44	41	46	50	54	44	40	53
Das Stromabkommen hat eine positive Auswirkung auf den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion.	43	52	51	45	50	47	30	33
Dank des Stromabkommens kann ich in Zukunft meinen Stromanbieter selber auswählen, das ist für mich ein Vorteil.	41	53	53	41	51	45	37	26
Das Stromabkommen führt zu tieferen Strompreisen.	29	18	30	35	35	38	22	25
Kontra-Argumente								
Die Marktöffnung, die mit dem Stromabkommen verbunden ist, führt zu höheren Strompreisen.	43	28	30	20	51	38	64	47
Mit dem Stromabkommen kann die Schweiz nicht mehr selbst über seine Reservekraftwerke entscheiden.	42	16	29	12	39	39	69	48
Mit dem Stromabkommen verlieren die Kantone die Hoheit über ihre Wasserkraftwerke.	38	13	29	11	43	41	53	35
Das Stromabkommen gefährdet den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion.	35	19	26	16	40	33	47	41
Das Stromabkommen gibt es nur im Paket mit den Bilateralen III – und diese lehne ich ab.	33	9	16	2	34	29	47	51

© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026

Die Wirkungsanalyse gibt Aufschluss darüber, welche Argumente die Zustimmung zum Stromabkommen besonders stark beeinflussen. Entscheidend sind dabei weniger ideologische oder institutionelle Fragen als vielmehr konkrete Erwartungen an Versorgungssicherheit und Stabilität.

Den grössten positiven Einfluss auf die Zustimmung hat das Argument der Rechtssicherheit. Personen, die der Aussage zustimmen, dass das Stromabkommen zu mehr Rechtssicherheit führen würde, haben eine um 32 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, dem Abkommen zuzustimmen. Ebenfalls stark wirkt das Argument zur Versorgungssicherheit: Wer das Stromabkommen als wichtig für die Absicherung notwendiger Importe im Winter betrachtet, stimmt der Vorlage mit einer um 26 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit zu. Die Debatte rund um mögliche Versorgungslücken im Winter bleibt damit zentral für die Akzeptanz des Abkommens.

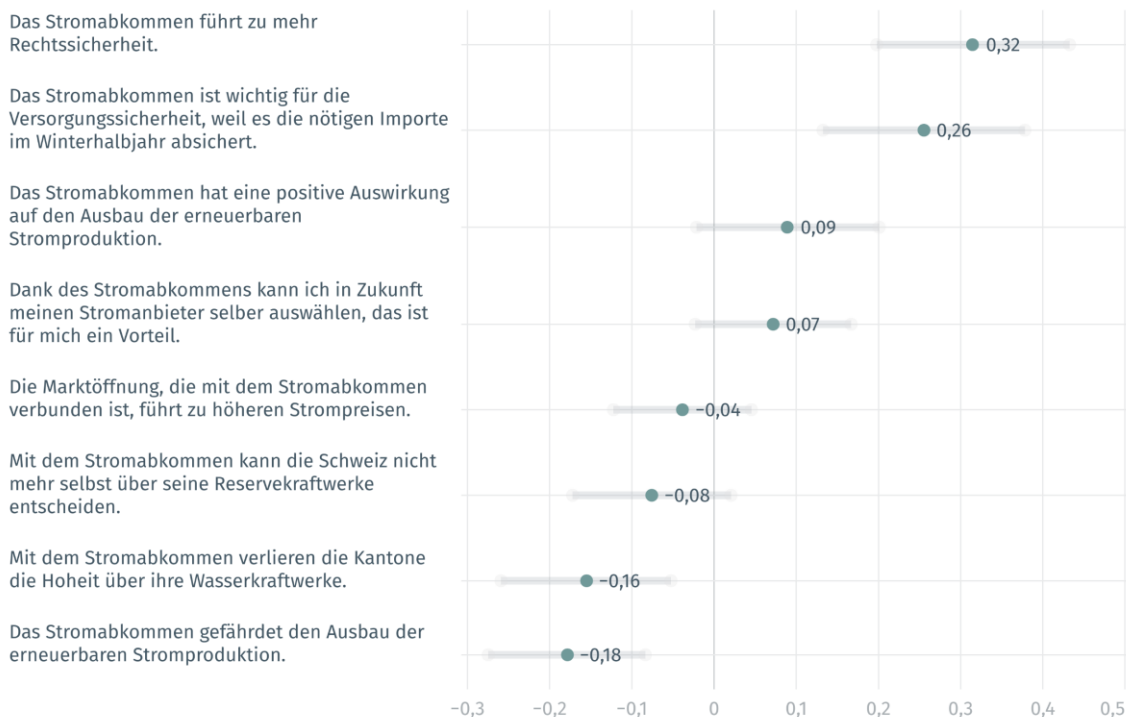
Auf der Gegenseite wirken insbesondere Befürchtungen rund um die Energiewende zustimmungssenkend. Personen, die finden, das Stromabkommen gefährde den Ausbau erneuerbarer Energien, stimmen der Vorlage mit einer um 18 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit zu. Ebenfalls relevant sind Sorgen um den Verlust kantonaler Hoheit über die Wasserkraft(werke) (-16 Pp).

Grafik 22

Einfluss Argumente auf die Wahrscheinlichkeit, dem Stromabkommen Schweiz - EU zuzustimmen

Lesbeispiel: Menschen, die finden, dass das Stromabkommen zu mehr Rechtssicherheit führt, haben eine 32 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, dem Stromabkommen Schweiz - EU zuzustimmen (alle anderen Faktoren konstant).

Stimmebevölkerung



© gfs.bern, Versorgungssicherheit 5. Welle, März-April 2026 (n = 544). Zusätzliche Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter, Sprachregionen, Siedlungsart. Der graue Bereich zeigt das 95% Konfidenzintervall.

2 Synthesen

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:

VER-
SORGUNGSSICHERHEIT
ALS
ZENTRALES
LEITMOTIV

Auch 2026 bleibt die Unterstützung für erneuerbare Energien breit abgestützt, wobei sich die Begründung dafür verändert. Erneuerbare Energien werden zunehmend weniger ausschliesslich mit Klimaschutz verbunden, sondern stärker mit Versorgungssicherheit und der Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland. Parallel dazu wächst die Sorge, dass der aktuelle energiepolitische Kurs nicht ausreicht, um die langfristige Stromversorgung sicherzustellen. Der Handlungsdruck in der Energiepolitik nimmt damit sichtbar zu.

INLÄNDISCHE
PRODUKTION
GEWINNT AN
BEDEUTUNG

Im Umgang mit Zielkonflikten innerhalb der Energiepolitik erhalten Versorgungssicherheit, stabile Strompreise und der Ausbau der inländischen Stromproduktion erneut höheres Gewicht. Die Bevölkerung zeigt sich zunehmend bereit, für den Ausbau der Energieproduktion Eingriffe in Landschaftsschutz oder Bewilligungsverfahren in Kauf zu nehmen. Gleichzeitig bleibt der Ausbau erneuerbarer Energien klar prioritär – insbesondere bei Solar- und Wasserkraft. Die Energiewende bleibt damit mehrheitsfähig, soll aber stärker mit Versorgungssicherheit und wirtschaftlicher Stabilität vereinbar sein.

KERNENERGIE
VERLIERT
IHREN
AUSNAHME-
CHARAKTER

Besonders auffällig ist die deutlich gestiegene Offenheit gegenüber der Kernenergie. Sowohl der Weiterbetrieb bestehender AKW als auch neue Anlagen der nächsten Generation stossen mittlerweile auf breite Zustimmung. Gleichzeitig wächst der Zweifel daran, dass erneuerbare Energien für sich allein den zukünftigen Strombedarf decken können. Die Debatte verschiebt sich damit zunehmend von einer eher ablehnenden Haltung gegenüber der Kernenergie hin zu einer pragmatischeren Diskussion über Versorgungssicherheit und technologische Offenheit. Davon profitiert auch die Blackout-Initiative, die mehrheitsfähige Unterstützung erreicht. Gleichzeitig ist derzeit nur knapp jede siebte Person klar für oder gegen die Initiative. Die Diskussion ist damit noch nicht abgeschlossen – bisherige Meinungen weichen langsam auf und es entsteht Unsicherheit in der aktuellen Stimmabsicht, noch ohne, dass neue harte Fronten geschaffen wurden.

ENERGIE-
POLITISCHE
UNSI-
CHERHEIT
PRÄGT
DIE
MEINUNGS-
BILDUNG

Trotz vieler stabiler Grundhaltungen bleibt die Meinungsbildung in energiepolitischen Fragen von Unsicherheit geprägt. Dies zeigt sich besonders beim Stromabkommen mit der EU: Zwar verbindet eine Mehrheit das Abkommen weiterhin mit Versorgungssicherheit, viele konkrete Auswirkungen werden jedoch ambivalent beurteilt. Der hohe Anteil an Personen ohne klare Position verweist darauf, dass geopolitische Spannungen, Diskussionen um internationale Abhängigkeiten und die Debatte über die zukünftige Stromversorgung die energiepolitische Wahrnehmung derzeit stark beeinflussen.

3 Anhang

3.1 Mandat

Der Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE, vertreten durch Jan Flückiger und Adrian Reber, beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern damit, die Befragungsserie rund um Energiepolitik und insbesondere der Sicherheit der Energieversorgung im Frühjahr 2026 zum fünften Mal zu wiederholen. Die Bevölkerungserhebung legt dabei grossen Wert auf die Vergleichbarkeit mit den vorgängigen Erhebungswellen und wird entsprechend nur leicht adaptiert:

- Die Analyse soll wie bisher Einblick geben in Grundhaltungen, Einstellungen und Forderungshaltungen der Schweizer Stimmberechtigten rund um Energiepolitik und Versorgungssicherheit. Der Fragebogen soll dabei so aufgebaut werden, dass er den politischen Meinungsbildungsprozess möglichst ideal nachstellt.
- Wie bisher wird auch in der fünften Befragungswelle neben dem Grossteil an unveränderten Fragen ein neues Schwerpunktthema aufgenommen. Gemeinsam mit den Auftraggebern wurden dabei die Themen **BLACKOUT-INITIATIVE** sowie **EINSTELLUNGEN GEGENÜBER DEM STROMABKOMMEN** als Aktualitätsthemen festgelegt.

3.2 Methodische Details

Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'015 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 23. März und dem 15. April 2026 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) und Onlinebefragungen auf unserem hauseigenen Panel durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dual-Frame-Verfahrens via Festnetz und Handy sowie zufällig eingeladenen Panelist:innen.

Weitere Angaben zu den methodischen Details sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte der Schweiz, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind
Datenerhebung	Mixed-Mode (Online- und Telefonbefragung) <ul style="list-style-type: none"> • Online: Hauseigenes Online-Panel «Polittrends» für Stimmbevölkerung • Telefon: (CATI) mit Random Digit Dialing
Befragungszeitraum	W1: 7. bis 24. April 2022 W2: 3. bis 24. April 2023 W3: 5. bis 19. März 2024 W4: 11. bis 21. März 2025 W5: 23. März bis 15. April 2026
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 1'015 <ul style="list-style-type: none"> • n DCH: 706 • n FCH: 247 • n ICH: 62 • n Onlinepanel: 305 • n Telefonbefragung: 710
Stichprobenfehler	±3.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Gewichtung	Alter/Geschlecht, Sprache, Siedlungsart, Bildung, Partei und RDD Dualframe

©gfs.bern, Studie Versorgungssicherheit Welle 5, März-April 2026

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.1 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.0 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±9.8 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen, nach Bildung, nach Alter/Geschlecht sowie nach Siedlungsart gewichtet. Eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten.

Das für die Telefonbefragung verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

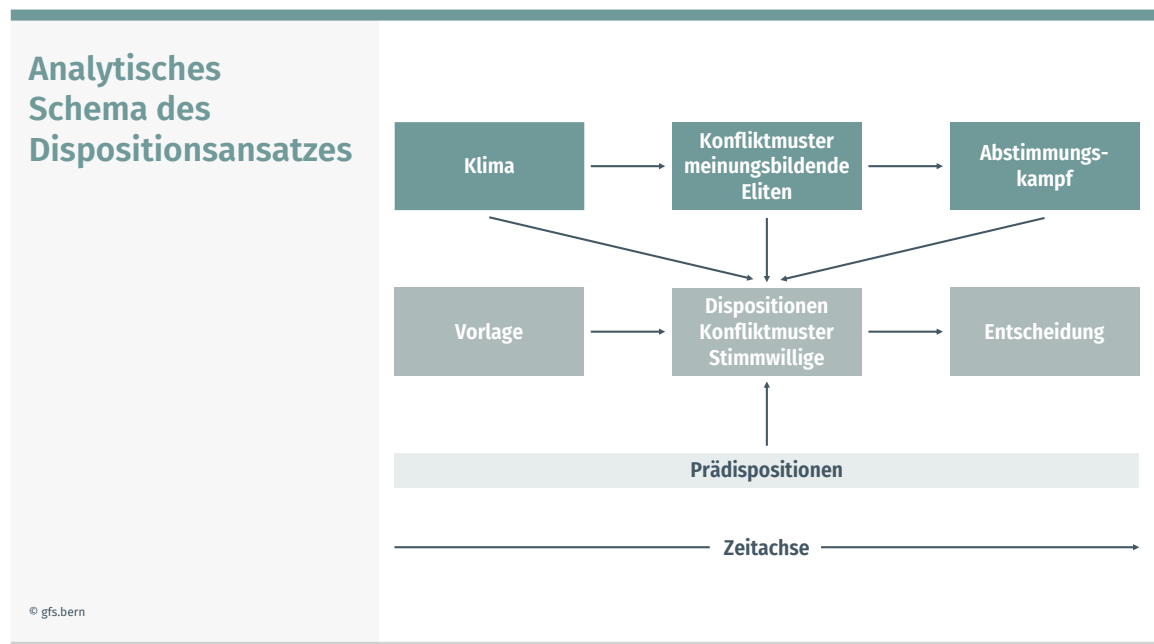
3.3 Forschungsplan

Die Studie orientiert sich am Dispositionsansatz, den gfs.bern speziell für die Analyse der politischen Meinungsbildung von Stimmberechtigten entwickelt hat.

Grundlegend ist die These, dass Ergebnisse von Einstellungen, zum Beispiel Abstimmungen oder Handlungsrelevanz, nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen, ist abhängig von den in der nachfolgenden Aufzählung erwähnten einzelnen Faktoren:

- Thema,
- Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite,
- öffentliche Diskussion,
- politische Kultur und politisches Klima,
- thematische Prädispositionen
- Kampagnenwirkungen

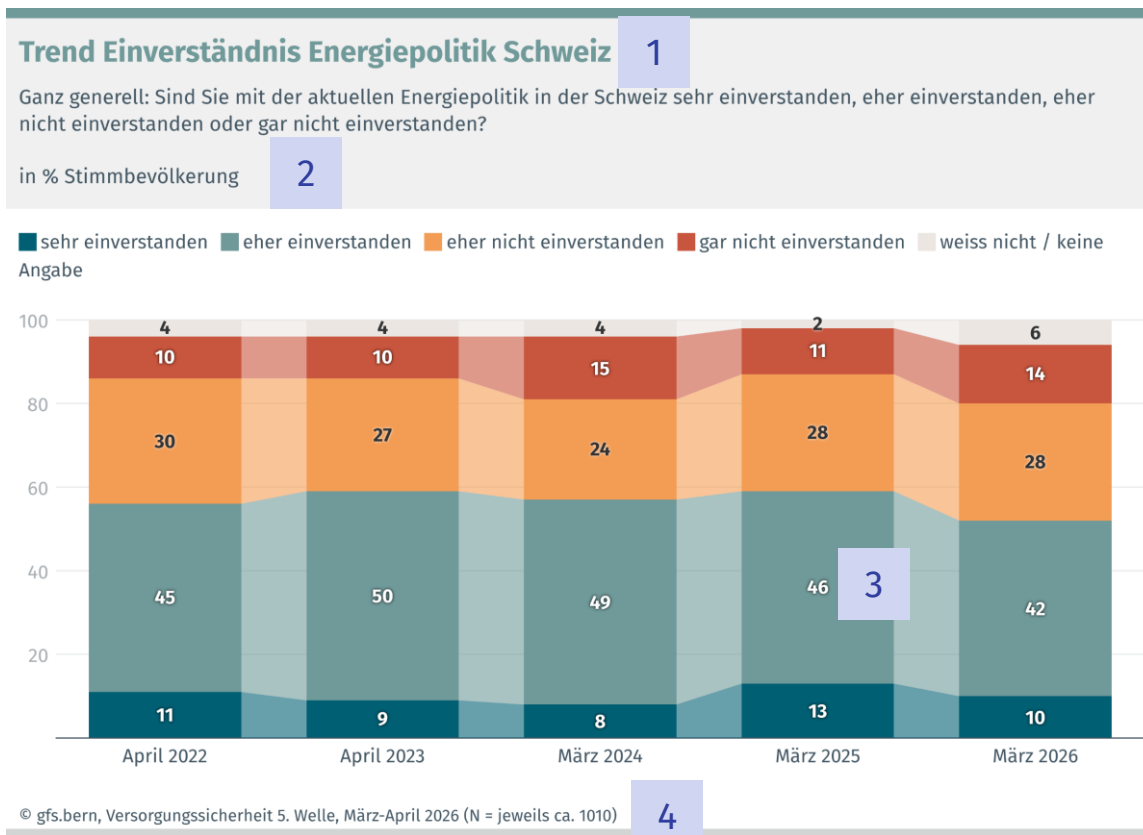
Grafik 23



Wichtige Elemente sind entsprechend dieses Ansatzes nebst der «Entscheidung» also auch «Kampagnen», die «Prädispositionen», das Umfeld bzw. «Klima» sowie die «Vorlage» selbst. Formalisiert werden Entscheidungen oder die Handlungsrelevanz als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und des Umfeldes gesehen. Entscheidungen und Handlungsrelevanz variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt, und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen.

3.4 Grafische Aufbereitung

Grafik 24



1 Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch bzw. Französisch oder Italienisch vorgetragen. Im Titel ist ebenfalls jeweils erkennbar, ob es sich bei der Darstellung um einen Zeitvergleich (Trend) handelt oder nicht.

2 Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten der Schweiz (wie hier der Fall).

3 Die Ergebnisse werden in grafischer Form dargestellt. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen-, Flächen- oder Liniengrafiken. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden Regressionsgrafiken verwendet. Ausführungen dazu finden sich bei den entsprechenden Grafiken.

4 Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (März-April 2026) als auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant sind (hier 1010, da nicht gefiltert wurde und alle Stimmberechtigten berücksichtigt sind).

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet, aktuelle Publikation: Bieri, U. et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.



SOPHIE SCHÄFER

Projektleiterin

✉ sophie.schaefer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Gesellschaft, Issue Monitoring, Social Media, Datenanalyse, quantitative und qualitative Methoden



JENNY ROBERTS

Data Scientist / Projektleiterin

✉ jenny.roberts@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden





ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 